

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 16. Dezember 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Das Wasser am Halse.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Junker am Ende ihres Rates seien, so hat ihn gestern der Reichskanzler durch seine Rede in der Generaldebatte des Etats geliefert. Sie war länger, als Herr v. Bethmann Hollweg sonst zu sprechen pflegt, aber ihr Inhalt läßt sich in dem kurzen Satz zusammenfassen: Ich bin der gehorsame Diener des Junkertums, und wie der Schnapsblock pfeift, so tanzt ich.

Freilich ließ der Reichskanzler eine leise Bitte an Herrn v. Seydebrand durchschimmern, ihn doch nicht so gar ungeniert vor versammeltem Kriegsvolk zu kommandieren. Aber dies kleine Scherzspiel gehört eben auch zum Ganzen, um den Schein zu wahren, als schwebte die Regierung über den Parteien, einen Schein, den aufrechtzuerhalten auch die Junker lebhaftes Interesse haben, namentlich am Vorabend neuer Wahlen, in denen die Junker alles, was sie noch zu retten hoffen, nur durch die „Sammlung“ aller bürgerlichen Parteien retten können. Sie werden also vollkommen einverstanden sein mit der Verhinderung des Reichskanzlers gegen die Unteroffiziersmanieren des Herrn v. Seydebrand, selbst wenn man den Verdacht abweifen will, daß dieser kleine schleichende Junker es von vornherein darauf angelegt hat, die den Junkern ebenso nützliche wie den politischen Tatsachen widersprechende Erklärung des „leitenden Staatsmannes“ herauszufordern, wonach die Regierung über den Wassern des Parteikampfes schweben soll.

Nicht besser steht es um die Ablehnung jedes Ausnahmegesetzes, die Herr v. Bethmann Hollweg feierlich proklamierte. Ein Ausnahmegesetz in der Art des Sozialistengesetzes wollen die Junker selbst nicht, wie ihre Presse oft genug in durchaus glaubwürdiger Weise erklärt hat; wären sie selbst schon verblendet genug, mit diesem Feuer zu spielen, so wissen sie sehr genau, daß sich ihre ultramontanen Bundesgenossen auf ein so verweigertes Spiel nicht einlassen würden, und am wenigsten angefaßt neuer Wahlen. Ein offensichtliches Ausnahmegesetz einbringen; hieße der Sozialdemokratie einen neuen und überwältigenden Triumph auf dem Präzedenzfall entgegenzutragen, und die noch so pompöse Ablehnung eines Ausnahmegesetzes durch die Regierung bedeutet deshalb nicht mehr als das höchst triviale Bekenntnis, daß sie, ehe sie ins Wasser gehen müssen, um ihre Schwimmkraft zu erproben, sich keinen Zentner ans Bein binden wollen.

Dies waren aber die beiden „Wichtigkeiten“ in der Rede des Reichskanzlers, die etwa noch die ganz dummen, die heutzutage etwas rar zu werden beginnen, hätten blenden können. Sonst betete sie getreulich das Programm nach, das ihr die „Konservative Korrespondenz“ vorgelesen hat: befehleunütziges Gerichtsverfahren bei der Aburteilung von Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, Vorschriften gegen Aufwiegelung und aufreizende Tätigkeit, gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen usw. Auch diese Suppe wird nicht so heiß gegessen werden, wie Herr v. Bethmann Hollweg sie aufträgt, wiederum mit der Einschränkung: mindestens vor den Wahlen nicht, aber der Zweck der Übung ist zunächst auch nur, die Philtister kopfschau zu machen, und darin war der Reichskanzler ein getreuer Sprecher des Junkertums. Höchstens daß er noch etwas tappiger vorging als Herr v. Seydebrand, indem er den Freisinn mit der melanchoischen Betrachtung anzufordern suchte, wie unmöglich patriotische Parteien mit der Sozialdemokratie zusammengehen könnten zu einer Zeit, wo diese revolutionärer auftrete denn je.

Ein belangloses Echo aus den Hinterwäldern Hinterpommerns und der Wasserpoladei, wie die Rede des Reichskanzlers sonst war, zeichnete sie sich nur durch einen Umstand aus, daß der oberste Beamte des Reiches sich in einer Beeinflussung der Rechtsprechung gefiel, wie sie sich noch keiner seiner Vorgänger, selbst Bismarck nicht, der in diesem Punkte ja auch nicht gerade an einem „Wegel an Dreieck“ litt, jemals erlaubt hat. Herr v. Bethmann Hollweg verherrlichte die polizeilichen Exzesse in Moabit mit einer Inbrunst, die der Strafkammer, vor deren Schranken der Moabiter Prozeß verhandelt wird, nicht mehr die Möglichkeit läßt, diese Exzesse zu verurteilen, ohne den Reichskanzler als moralischen Mitschuldigen dem Urteil der Öffentlichkeit zu übergeben. Auf solche Proben preußische Richter zu stellen, die unter harten Disziplinargesetzen stehen, das ist eine Leistung, die Herr v. Bethmann Hollweg endlich einmal zwar nicht als einen originellen Gedanken, denn die Verherrlichung der polizeilichen Exzesse plappert er an sich auch nur den Junkern nach, aber als eine revolutionäre Tat ansprechen kann; insofern eben, als er das Gewicht des ihm zu anderen Zwecken anvertrauten Amtes in die Waage der Gerechtigkeit wirft und der Göttin Themis die Binde vor den Augen löst, um sich ihr als Engel mit gezücktem Schwerte vorzustellen.

Der Reichskanzler hat dies beispiellose Vorgehen zu entschuldigen gesucht: er folge, wie er sagte, einem Vorbild, das ihm der Genosse Scheidemann gegeben habe. Das ist im Grunde gewiß eine große Schmeichelei für die Sozialdemokratie im allgemeinen und den Genossen Scheidemann im besonderen, denn der Reichskanzler sogar die päpstliche Gewalt zuspricht, zu binden und zu lösen; was können wir uns Großartigere wünschen, als wenn ein dummer oder schlechter Streich, sobald ihn einer von uns begeht, vom Reichskanzler als nachahmenswert proklamiert wird? Tatsächlich hat nun aber Genosse Scheidemann in seiner vortrefflichen Rede gar

nicht den Streich begangen, dessen ihn der Reichskanzler zieh; er hat nur den Junkern v. Dirschen und v. Westarp geantwortet, die in der Beratung über das Arbeiterkammergesetz die Moabiter Krawalle gegen die Interessen der Arbeiterklasse auszuwickeln sich erdreistet hatten. Also diese Verschönerung der parlamentarischen Sitten fällt wieder ganz auf die junkerliche Seite, wobei jedoch Herr v. Bethmann Hollweg ausnahmsweise nicht als bloßer Moabiter erscheint, sondern die junkerlichen Wünsche mit einer Tat frönt, die den Vorzug der Einzigkeit beanspruchen darf. Dem Moabiter Prozeß wird dadurch freilich nicht auf die Beine geholfen werden; der Reichskanzler zieht diesen Karren nicht mehr aus dem Sumpfe, sondern indem er sich selbst noch darauf setzt, drückt er ihn um so tiefer hinein.

So ist an der Lage der Dinge wenig geändert, und jedenfalls nichts zugunsten des Junkertums. Zu seinen Einbußen in der vergangenen Woche zählt auch — und nicht zuletzt — die Wahl in Lobiau-Wehlau, nicht um des einzelnen Reichstagsmandats willen, das ihm verloren ging, sondern wegen des ganz resoluten Verhaltens der freisinnigen Wählerschaft. Nach so vielen Enttäuschungen hatte man nachgerade alle Hoffnungen verloren, daß sich der wadere Bürgermann noch einmal gegen das Joch des Junkertums erheben würde, und wir wollen den Tag auch nicht vor dem Abend loben, aber immerhin mehren sich die Anzeichen, daß wenigstens die Masse der freisinnigen Wählerschaft, sei es auch über den Kopf einzelner verbohrender Führer hinweg, endlich Fuß beim Male halten will. Und wenn das geschehen sollte, so kann das Junkertum getroffen bei den nächsten Wahlen einpfeifen.

Wie sehr die Junker diese Möglichkeit fürchten, zeigt das Gezeret des Knuten-Dertel über den angeblichen „Umsall“ des „Vorwärts“, weil der „Vorwärts“, wie er selbst und andere sozialdemokratische Blätter schon hundertmal früher getan haben, ein ehrliches Stichwahlabkommen zwischen Freisinn und Sozialdemokratie befürwortete. Wenn die Junker und ihre Eintentkulis sich um die Prinzipienpolitik der Sozialdemokratie zu sorgen beginnen, so muß ihnen das Wasser wohl am Halse stehen.

Franz Mehring („Neue Zeit“).

## Die Kosten der Lebenshaltung des deutschen und englischen Arbeiters.

Angeht die enormen Verteuerung fast sämtlicher Lebensmittel, besonders der notwendigsten, des Fleisches und des Brotes, die der deutsche Konsument über sich ergehen lassen muß, dürfte ein Vergleich mit England, das keine hohen agrarischen Schutzzölle und andere agrarische Vorbedienste kennt, dessen Grenzen sowohl für die Vieh- als auch die Fleischimporte offen stehen, nicht uninteressant sein.

Versetzen wir zuerst einen kurzen Blick auf die Fleischversorgung Englands. Die englische heimische Landwirtschaft ist, ebensowenig wie die deutsche, imstande das Land ausreichend mit Vrot und Fleisch zu versorgen, aber während in Deutschland ein aus agrarischer Liebedienerei geborenes ängstlich kompliziertes System von Zöllen und Einfuhrerschwerungen das Land fast hermetisch abschließt, ist in England die Zufuhr jeglicher Art Lebensmittel unbeschränkt. Und da England naturgemäß auf dem Landwege kein Vieh und Fleisch einführen kann, deckt es seinen notwendigen Bedarf aus dem reichen Ueberfluß anferoeuropäischer Länder, aus den Vereinigten Staaten, aus Kanada, aus Argentinien, aus Neuseeland und aus Australien. Aus diesen Ländern wird sowohl lebendes Vieh, welches in den englischen Häfen unter ausgezeichneter sanitärer Kontrolle geschlachtet wird, als auch Fleisch in gekühltem wie in gefrorenem Zustand nach England eingeführt. Etwa die Hälfte des gesamten Fleischbedarfes deckt England in dieser Weise aus überseeischen Ländern. Der Wert des eingeführten Viehes und Fleisches bezifferte sich 1909 auf rund 47½ Millionen Pfund gleich circa 900 Millionen Mark. Und wie jeder, der einmal in England war, weiß, ist das eingeführte Fleisch von ganz ausgezeichnete Qualität.

Zugute kommt dieses System des freien offenen Marktes dem gesamten englischen Volk in Gestalt billiger und gleichbleibender Lebensmittel- und Fleischpreise, denn wie die folgenden Ausführungen beweisen werden, sind in England die Fleischpreise in den letzten Jahren keineswegs gestiegen, sondern zum Teil gleich geblieben, zum Teil sogar erheblich gesunken.

Geht man weiter zurück, in die sechziger und achtziger Jahre, so findet man die gesamten Lebensmittel- wie auch die Fleischpreise in England sogar erheblich höher als in Deutschland. Und interessieren aber jetzt vor allem die letzten Jahre. Da standen noch in den neunziger Jahren die Fleischpreise in England und Deutschland auf ungefähr der gleichen Höhe, in England zum Teil ein wenig höher; so notierte im Jahre 1893 Rindfleisch 1. Qualität in Berlin (Zentralmarkthalle) 55,27 M. per 50 Kilogramm, dagegen prima Rindfleisch, London (Zentralmarkt) 50 s 5 d per Cwt.\* Und im Durchschnitt des Jahrzehnts 1891/1900 war in Berlin der Preis für Rindfleisch 3. Qualität 44,74 M. per 50 Kilogramm, in London

\* Sämtliche deutschen Preise sind in Mark pro 50 Kilogramm, die englischen Preise in Schilling (s) und Pence (d) per Cwt. (Hundertweight) gegeben. 1 Schilling = circa 1 M. (ohne Runddifferenz), 1 Cwt. = circa 50 Kilogramm (genau 50,803 Kilogramm). Die deutschen Preise sind den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, die englischen Preise den Veröffentlichungen des Board of Agriculture (Landwirtschaftsministerium) in London entnommen.

Rindfleisch mittlerer Qualität 43 s 2 d per Cwt. Dies Preisverhältnis änderte sich aber im neuen Jahrhundert nach dem Inkrafttreten der neuen Schutzgesetzgebung von Grund aus. Stellen wir einige Zahlen nebeneinander:

1904 kostete Rindfleisch 2. Qualität, Berlin, Zentralmarkthalle 53,48 M. 1909: 64,57 M., der Preis stieg also in den fünf Jahren um 11,09 M. oder 20,73 Proz. Englisches Rindfleisch 2. Qualität von englischen Rindern notierte dagegen 1901: 52 s 2 d, 1909: 52 s 8 d, blieb also auf ungefähr der gleichen Höhe.

Rindfleisch 3. Qualität stieg in Berlin von 1904 bis 1909 um 11,76 M. oder um 24,95 Proz., eingeführtes argentinisches gekühltes Rindfleisch ging dagegen in London um 1,95 Proz. im Preis zurück.

Das befand sich von der Arbeiterkammer in Berlin viel konsumierte Schweinefleisch stieg hier von 1904 bis 1909 von 49,91 M. auf 68,21 M., d. h. um 18,30 M. oder 36,66 Proz. Das englische Hammelfleisch, das „utton“, das vom englischen Arbeiter bevorzugt wird, ging im genannten Zeitraum im Preise sehr erheblich zurück, und zwar englisches Hammelfleisch von englischen Hammeln um ca. 16 Proz., das eingeführte argentinische gekühlte um 19,59 Proz., und das neuseeländische sogar um 21,85 Proz. Und Neuseeland ist das Land, aus dem das meiste und das beliebteste Hammelfleisch eingeführt wird!

Nach den Veröffentlichungen des englischen Board of Trade (Handelsministeriums) stieg von 1900 bis 1907 Rindfleisch (Durchschnittspreis aller Sorten) in London um 2 Proz., in Berlin um 25 Proz., in New York um 13 Proz. In selben Zeitraum stieg Weizenbrot in London um 5 Proz., in New York um 13 Proz., in Berlin Roggenbrot dagegen um 29 Proz.

Diese Zahlen sprechen für sich: sie zeigen, um wie viel schlechter der deutsche Arbeiter unter dem Hoheitszoll in Deutschland gestellt ist als sein englischer Kollege im Freihandelsland. Und daß diese enorme Verteuerung der notwendigen Lebensmittel nicht ohne Wirkung auf das Budget des deutschen Arbeiters geblieben ist, sondern durch Einschränkung der dem arbeitenden Volke so notwendigen Fleischkonsumation geradezu an der Kraft und Gesundheit des Volkes gekehrt hat, beweist die Konsumstatistik derjenigen deutschen Städte, die infolge Erhebung eines Zolls in der Lage sind, einwandfreie Rissen zu geben. Freilich, wenn man — wie dies von den „maßgebenden Stellen“ im Reichstage leider geschehen ist — den Verbrauch pro Kopf von ganz Deutschland in einer einzigen Zahl angeben will, dann kommt man zu einem ganz schiefen Resultat: für ein so großes Gebiet wie das Deutsche Reich, das in seinen einzelnen Teilen (z. B. Westen und Osten, Stadt und Land) so grundverschiedene Lebensbedingungen hat, läßt sich eine einzige Jahresverbrauchsgröße nicht geben, eine solche beweist gar nichts. Sinegen sind sehr wohl einzelne Städte für ihr beschränktes und auch in gewissem Sinne einseitiges Gebiet in der Lage, ziemlich einwandfreie Zahlen zu geben. So ging in Dresden, dessen Statistik recht gut ist, der Verbrauch des Fleisches insgesamt von 1900 bis 1909 um circa 19 Proz. pro Kopf zurück, der Verbrauch von Rindfleisch um 22 Proz., der von Schweinefleisch um 20 Proz. In München ging der Verbrauch von Rindfleisch vom Durchschnitt des Jahrzehnts 1896/1900 bis 1907 um circa 25 Proz., der des Schweinefleisches um 20 Proz. pro Kopf zurück. Ebenso zeigt sich in Düsseldorf ein erheblicher Rückgang im Verbrauch: 1904 kamen noch pro Kopf der Bevölkerung 66,90 Kilogramm Fleisch, 1909 nur noch 57,18 Kilogramm.

Man bedenke, dies sind die Verbrauchsziffern einer ganzen Stadt, von Arm und Reich. Der Wohlhabendere wird aber bei einem Steigen der Lebensmittelpreise nicht gleich seinen Fleischverbrauch einschränken, sondern höchstens vielleicht einige Luxusgaben. Verbrauchseinschränkung wirkt das Steigen der Fleischpreise nur auf die minderbemittelten, die keinen Luxus treiben, den sie einschränken könnten. Und nun ermittle man, wie groß in diesen Kreisen die Einschränkung im Verbrauch an Fleischwaren sein mag, wenn dieselbe in der ganzen Stadt amtlich auf 20 und mehr Prozent festgestellt werden muß! Das ist wahrlich ein Menetekel für die maßgebenden Kreise! Und die deutsche Arbeiterschaft wird die Antwort darauf nicht schuldig bleiben.

## Patriotische Geschäftspraktiken.

Einen pikanten Beitrag zu dem Kapitel von den kapitalistischen Geschäftspraktiken auf dem Gebiete des Militarismus lieferte ein Expreßprozeß, der gestern vor dem Landgericht III in Moabit verhandelt wurde. Der früher bei der Deutschen Munitions- und Waffenfabrik beschäftigte Kaufmann Otto Schöpp war angeklagt, Expreßungen verübt zu haben. Nach dem Austritt bei der Deutschen Munitions- und Waffenfabrik hatte Sch. eine Stellung bei der Leipziger Kugellagerfabrik in Leipzig in Aussicht, die er jedoch nicht antreten konnte, weil die Firma durch Vermittlung eines Detektivbureaus von der Munitionsfabrik eine schlechte Auskunft über Sch. erhalten hatte. Schöpp glaubte sich durch die Munitionsfabrik geschädigt und forderte von dieser eine monatliche Entschädigung in Höhe von 500 M. Bis er wieder eine passende Stellung gefunden habe. Um seine Forderung zu unterstücken, bewies er auf vertrauliche, nach seiner Ansicht für die Munitionsfabrik kompromittierende Briefe, von denen er während seiner Tätigkeit bei der Gesellschaft Abschrift genommen hatte. Eine Anzahl dieser Schreiben betraf die Spekulation auf einen Orden, den ein Herr Langen aus Köln als Mitglied des Kaiserl. Automobilklubs durch Vermittlung des Herrn v. Brandenstein, eines der Direktoren der Munitionsfabrik und Vorsitzender des R. A. R., zu erlangen suchte. In dieser Angelegenheit hat man auch den Regierungspräsidenten v. Steinmeier bemüht, Sch., in Not geraten, stellte dem Herrn Langen die Briefe für einen Preis von 500 M. zur Verfügung, ohne jedoch Erfolg zu haben.



Wichtig ist ein Brief aus dem Jahre 1907. Er betrifft einen Auftrag der Munitionsfabrik an ihren Vertreter in Paris, eine bestimmte Kollz in die Presse zu lancieren. Der Brief lautet:

Personalakten,  
Abchrift,  
Bl. 15.  
Herrn . . . . .  
Paris.

G. 8236.  
(G. - Geheimregistratur)

Wir drachten Ihnen jeben: „Witten unseren Brief in Paris abwarten.“

Grund dieser Depesche war, daß wir die Aufnahme eines Artikels in einer der gelesehten französischen Zeitungen möglichst im „Figaro“ durchsetzen möchten, welcher folgenden Inhalt haben soll:

„Die französische Heeresverwaltung hat sich entschlossen, die Rekrutierung der Armee mit Maschinengewehren erheblich zu beschleunigen und die doppelte Anzahl als zuerst beabsichtigt zu bestellen.“

Wir bitten Sie, alles aufzubieten, um die Aufnahme eines derartigen Artikels zu erreichen.

Hochachtungsvoll  
Deutsche Munitions- und Waffenfabrik  
von Gontard, Pösegarten.

Dieser Brief zeugt sicherlich von Geschäftstüchtigkeit. Was man mit der erwünschten Publikation in der französischen Presse bezweckt, das liegt auf der Hand. Sie sollte im Deutschen Reichstage für militärische Forderungen Stimmung machen und dadurch der Munitionsfabrik ein Bombengeschäft eintragen.

Das Gerücht hat übrigens in dem Falle mit dem Figarobriefe keinen Expansionsversuch erblid, wohl aber in der Affäre mit der Ordensagentur. Der Angeklagte wurde dafür zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht schloß sich mit dem Urteil der Verteilung durch den Genossen Viehrecht an, der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt.

Die Briefschreiber sind selbstverständlich tabellose Patrioten und als solche zugleich gute Geschäftsteute.

## Die Wahlen in England.

London, 15. Dezember. Bisher sind gewählt: 235 Liberale, 257 Unionisten, 40 Vertreter der Arbeiterpartei, 65 Anhänger Redmonds und 8 Anhänger O'Briens. Die Liberalen gewannen 21, die Unionisten 25 und die Arbeiterpartei gewann 4 Sitze. Die Arbeiterpartei hat damit den Stand, den sie im aufgelösten Parlament inne hatte, bereits erreicht. Da unter den noch vorzunehmenden 65 Wahlen sich einige für sie aussichtsreiche befinden, ist es wahrscheinlich, daß die Partei im kommenden Parlament über 42 oder 43 Mandate verfügen wird.

### Chamberlain gegen Balfour.

London, 15. Dezember. In einer in Duxton gehaltenen Rede erklärte Kusten Chamberlain, die Tarifreform einem Referendum zu unterbreiten, sei kein Teil des ursprünglichen Programms. Es könnten gegen ein solches Referendum schwerwiegende Bedenken vorgebracht werden. Er selber würde einen derartigen Vorschlag nicht gemacht haben, er stelle sich aber auf den von Balfour für diese Wahl gewählten Kampfboden. Sobald eine unionistische Regierung zur Macht gelangt sein sollte, würde die Tarifreform ihre erste Gesetzvorlage bilden.

Asquith hielt in Gosport eine Rede, in der er äußerte, die allgemeinen Wahlen seien nahezu beendet. Es sei vollkommen klar, daß sich eine überwältigende Mehrheit für die Regierung ergeben würde. Wäre nicht das Pluralstimrecht gewesen, so würden in den Grafschaften dreißig oder vierzig Liberale mehr gewählt worden sein.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Dezember 1910.

### Ein Führungstest für den Reichskanzler.

Herr v. Bethmann Hollweg hat in Anerkennung seiner gottgewollten Abhängigkeit von dem preussischen Junkertum sich willig den Forderungen des Herrn v. Seydewitz und der „Kreuzzeitung“ gefügt und im Reichstage verkündet, daß er zwar direkte Ausnahmefälle gegen die sozialdemokratischen Aufwieglern und die Gewerkschaften zurzeit nicht für angebracht hält, wohl aber bereit ist, die von den konservativen Wählern verlangten Ausnahmestimmungen in das neue Strafgesetzbuch hineinzuarbeiten zu lassen. Dafür sprechen ihm die konservativen Parteiführer in der „Konservativen Korrespondenz“ offiziell ihre väterliche Anerkennung aus, ungefahr in der Weise, wie der Chef eines Handlungshauses seinen Kommiss lobt. Zugleich aber betonen sie, daß sie in Anbetracht seiner diesmal bewiesenen Folgsamkeit keineswegs darauf verzichten, Herrn v. Bethmann auch fernerhin in der von ihnen gewünschten Richtung vorwärts zu treiben und etwaigen Widerstand gegen ihre Wünsche energisch zu rügen. Die für das Verhältnis zwischen Regierung und Sozialdemokratie äußerst charakteristische Kundgebung hat folgenden Wortlaut:

Die Presse bemüht sich seit einigen Tagen, unter schlecht verhüllter persönlicher Inquisition gegen einzelne Mitglieder der konservativen Partei, einen förmlichen Gegenstand zwischen der konservativen Partei und dem Herrn Reichskanzler in Sachen der notwendigen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie zu konstruieren. Demgegenüber legen wir Wert darauf, in dieser Angelegenheit im Anschluß an einen Passus aus der geistigen Rede des Herrn Reichstagsabgeordneten zu Püttlich den nachfolgenden Standpunkt der konservativen Fraktion des Reichstags darzulegen: Ohne und in allen Einzelheiten mit dem Standpunkte der Reichsregierung gegen die Sozialdemokratie zu identifizieren, haben wir mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß die Reichsleitung gegenüber dem immer stärkeren Ansturm der Sozialdemokratie sich voll ihrer Pflicht und ihrer Verantwortung bewußt ist, die Grundfragen unserer Staatswesens, unserer Gesellschaft und unserer Kultur wirksamer als bisher schützen zu müssen. Wir hatten nichts anderes erwartet und von seiten der Redner unserer Partei im Reichstage ist etwas Abweichendes weder gesagt noch angedeutet worden. Wohl aber war und ist es unser Recht und unsere Pflicht, unter den obwaltenden Umständen der Reichsregierung ein „videant consules“ zuzurufen, so daß die dagegen gerichtete Verwahrung des Herrn Reichskanzlers der sachlichen Berechtigung entbehre.

Besser hätten die Herren v. Seydewitz u. Co. kaum ausdrücken können, daß sie in Herrn v. Bethmann nichts anderes als ihren Angestellten sehen.

### Berliner Polizeifeld.

Herr v. Jagow, Berlins berühmter Polizeipräsident, hat an das „Berliner Tageblatt“, das in seinem Leitartikel gesagt hatte, das

Berliner Polizeipräsidentium sei im Moabitler Kravallprozeß als Partei zu betrachten, folgende ammutige Verächtigung gesandt:

„In dem Leitartikel von Nr. 634 des „Berliner Tageblatts“ wird bezüglich Moabits ausgeführt:  
„Das Polizeipräsidentium ist in diesem Falle Partei!“  
Ein fundamentaler Irrtum!  
Weder der Schutzmann, der einen Verbrecher festnimmt, noch der Staatsanwalt, der ihn verfolgt, und der Richter, der ihn verurteilt, sind Partei. Alle sind lediglich Vertreter der Staatsautorität, erlangend jeglichen persönlichen Interesses zur Sache. Staat und Verbrecher stehen sich nicht als Partei zu Partei gegenüber, sondern befehlend und gehörend oder strafend und bestraft.“

Das „Berl. Tagebl.“ druckt diese niedliche Zuschrift ab, indem es folgenden Satz hinzufügt:

„Erangelnd jeglichen persönlichen Interesses zur Sache“ müssen wir es und versagen, die Frage, ob das Polizeipräsidentium in dem Moabitler Prozeß „Partei“ ist oder nicht, weiter zu erörtern. Wir sind, angesichts dieser schlagenden Beweisführung, vollständig entwandnet. . . .

Etwas höflicher könnte das „Berl. Tageblatt“ gegen einen Mann von der geistigen Bedeutung des Herrn v. Jagow schon sein. Es hätte dem Herrn Polizeipräsidenten ein Exemplar von Gustav Baumanns „Allerhand Sprachdummheiten“ schicken sollen — vielleicht mit folgendem Briefchen:

„Anerkennend die Notwendigkeit einer Verbesserung des Berliner Polizeifelds, senden wir Ihnen, nicht erangelnd, Sie um geneigte Einsichtnahme zu bitten, anbei erfolgend ein Exemplar von G. Baumanns Ratsschlagewerk „Allerhand Sprachdummheiten“. Fleißige Verwertung empfehlend und erhoffend

Hochachtungsvoll  
Die Redaktion des „Berliner Tageblatt“.

### Die Stellung des Polizeipräsidenten v. Jagow erschüttert.

Die „Königliche Volkszeitung“ schreibt in ihrer Abendausgabe vom Donnerstag, den 15. Dezember:

„Die feinerzeit von uns gebrachte Nachricht, daß die Verhandlungen des Moabitler Kravallprozesses nicht zur Befestigung der Stellung des Polizeipräsidenten v. Jagow beitragen, vielmehr zu einer anderweitigen Verwendung, nicht, wie ein Blatt ungenau übernommen hat, auf einen Posten von niedriger Bedeutung, des früheren Abteilungsdirigenten bei der Regierung in Potsdam führen würde, wird von einem Teil der Presse als durchaus unzutreffend festgesetzt, von einem anderen Teil mit vorsichtigem Schweigen übergegangen oder ohne Zulage wiedergegeben. Unser Gewährsmann hält seine Nachricht völlig aufrecht. Die Zukunft werde ihm recht geben. Selbst wenn der 18. Januar, das Ordensfest, nicht spurlos mit seinem Segen an dem Polizeigewaltigen von Berlin vorbeigehen sollte, was wir für durchaus möglich, ja, für wahrscheinlich halten, so beweist das nichts. Das kennen wir doch; das ist doch bewährte alte preussische Praxis. Wenn wir in Berlin mit jemand nicht zufrieden sind und eingesehen haben, können wir nicht etwa der öffentlichen Meinung darin recht geben müssen, daß wir uns in der Wohl eines Mannes vergriffen haben. So halten wir ihn zunächst und tun so, als ob alles in schönster Ordnung sei, um nur nicht die Ansicht aufkommen zu lassen, wir legten Wert auf die öffentliche Meinung — und eines schönen Vormittags, wenn niemand mehr an den Betreffenden denkt, überraschen wir die Welt, mit einer anderen Verwendung des Betreffenden. So wird es auch hier kommen.“

### „Maßregeln gegen die Sozialdemokratie.“

Unter dieser auffälligen Ueberschrift läßt sich die national-liberale „Magdeburgerische Zeitung“ aus Berlin schreiben:

„Der bis jetzt noch zweifelte, daß die Regierung zu einem entscheidenden Vorgehen gegen die Sozialdemokratie entschlossen ist, der wird aus den wiederholten scharfen Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstage eines anderen belehrt worden sein. Nach den Moabitler Unruhen wird man sich auf eine unnachsichtige Anwendung der bestehenden Gesetze gefaßt machen müssen, und die im Frühjahr beginnenden Verhandlungen über die Feststellung des Entwurfs eines neuen Strafgesetzbuchs werden ganz sicher unter dem Gesichtspunkt einer schärferen Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie gefaßt werden.“

Wer bis jetzt noch glaubte, die Verbündeten Regierungen würden den Wünschen der Mehrheiten des Reichstages oder seiner Ausschüsse in bezug auf das Arbeitskammergesetz, auf die Reichsversicherungsordnung und die Strafprozeßordnung nachgeben, der wird diese Hoffnung aufgeben müssen. Der Bundesrat wird die Einbeziehung der Eisenbahn-Beschäftigten in das Arbeitskammergesetz und die Zulassung der Gewerkschaftssekretäre in die Arbeitskammern nur erst recht bekämpfen und schließlich den Entwurfsgeheimern lassen, wenn der Reichstag auf seinen Beschlüssen beharren sollte.

Ebenso wird der Bundesrat auf der Häufelung der Krankenkassenbeiträge bestehen, um die Herrschaft der Sozialdemokratie über die Krankenkassen zu brechen, wo von einer solchen Herrschaft die Rede sein kann. Ebensovien ist daran zu denken, daß der Bundesrat nachgeben wird in bezug auf die Forderungen der Strafprozeßkommission nach gewissen Ausnahmestimmungen für den Reichstag oder die Abgeordneten. (Einschränkung des Beschlagnahmerechts in Parlamentsgebäuden, Zeugnisverweigerung, Strafverfolgung usw.). Als vor einiger Zeit eine Umfrage bei den größeren Regierungen über ihre Stellung zu diesen Forderungen gehalten wurde, haben diese einstimmig die Forderungen abgelehnt, und in der Zwischenzeit dürften sich die Ansichten der besagten Regierungen eher verschärft als gemildert haben. Im Bundesrat ist man nämlich der Meinung, daß alle diese Forderungen eines größeren Schutzes der „Immunität“ der Abgeordneten ausschließlich der Sozialdemokratie zugute kommen würde, wenn der Bundesrat sie genehmigte. Unter diesen Umständen ist vorzusehen, daß, wenn der Reichstag seine Forderungen nicht fallen läßt, aus den geplanten Entwürfen vorläufig überhaupt nichts werden wird.“

Wir wollens abwarten. Die schönen Absichten der Regierung bezweifeln wir nicht, wohl aber, daß es ihr gelingen wird, diese Absichten durchzuführen.

### Zum Kampf gegen die Volksrechte

rust die „Germania“, das führende Zentrumsorgan, in einer Abonnements-Einladung auf. Es heißt darin:  
„Wie es wohl selten eine Zeit gegeben hat, in der die Verteidigung der von Gott gesetzten Autorität so sehr zu einer gebieterischen Pflicht wurde, wie es jetzt bei dem Ansturm gegen Thron und Altar der Fall ist, so steht uns auch auf politischem Gebiet ein erster Kampf bevor, der sich in erster Linie gegen das Zentrum richtet.“

Nicht die Eroberung der Volksrechte, sondern die Stärkung der „von Gott gesetzten Autorität“, die Verewigung der „gottgewollten Abhängigkeiten“ von Absolutismus, Junkertum und Kirche ist also, was dem Zentrum

eintzig am Herzen liegt. Vor den Landtagswahlen im Jahre 1908 erließ das Zentrum einen Aufruf, in dem es darauf hinwies, daß von dem Ausfall der Wahlen die Entscheidung über die preussische Wahlreform abhängt. Soldatleinigkeiten, wie die vom Zentrum seit nun mehr als 30 Jahren geforderte Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, kümmern das Zentrum heute nicht mehr! Heute ist sein einziges Sinnen und Trachten, die Macht des Junkertums und der Geistesfreiheit zu stärken, damit nicht nur in Preußen vermittelt des Junkerparlaments der blau schwarze Block der Junker und Heiligen unumschränkt herrschen kann, sondern damit auch im Reiche dieser Block jeden politischen und sozialen Fortschritt zu hindern vermag!

### Gegen den Zarenbesuch.

Nicht nur Sozialdemokraten empfinden einen Zarenbesuch und seine Folgeerscheinungen unangenehm. Der Freisinnige Verein in Schwabenheim (Rheinheffen) hat neuerlich seinem Landtagsabgeordneten Dr. Wolf folgende Resolution übermittelt:

„Zur Zeit des Zarenbesuches in Hessen ereignete sich am hiesigen Plage (Schwabenheim a. Selz) ein schwerer Einbruchsdiebstahl. Der Einbruch wurde sofort nach der Entdeckung der Ober-Ingelheimer Stationsgenbarmarie gemeldet. Gen darm Haus war aber zur Zarenbewachung abbeordert, und Wachmeister Hinte war nicht zu treffen. Trotz der sofortigen Meldung dauerte es jirta drei Tage, bis die Untersuchung am Platze durch die Gendarmerie erfolgte. Der Erfolg war negativ. Die gestrige zahlreich besuchte Generalversammlung des liberalen Bürgervereins Schwabenheim protestiert ganz energisch dagegen, daß die deutschen Sicherheitsbeamten zur Bewachung fremder Souveräne abkommandiert werden, da hierdurch die Sicherheit der steuerzahlenden Staatsbürger stark vermindert wird. Wir bitten Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Wolf höflich, diese Angelegenheit in der Kammer zur Sprache zu bringen.“

Herr Dr. Wolf hat bereits das Einbringen der Interpellation zugesagt.

### Nationalliberale und Zentrum.

Während in verschiedenen Teilen Deutschlands die Nationalliberalen mit den Fortschrittleren Bündnisse für die nächsten Reichstagswahlen abgeschlossen haben, haben sich die Nationalliberalen in Oden-Schwelm (Westfalen) mit dem Zentrum und den Christlichsozialen auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt. Von fortschrittlicher Seite wurden verschiedene Versuche gemacht, die Nationalliberalen vom Zentrum loszuweisen, aber vergeblich. Nationalliberale und Zentrum stellten den Fabrikanten Rudolf Springmann als Kandidaten dem bisherigen Abgeordneten Oberbürgermeister Cunow (Fortschritt) gegenüber. — In Kassel erklärte es Wasser mann für politischen Selbstmord, wenn die Nationalliberalen mit dem Zentrum Bündnisse abschließen würden.

### Die Entdroffnung der Pressefreiheit.

Ein höchst einfaches Mittel wendet die Regierung an, um jede ihr unangenehme Kritik der Presse in den Kolonien zu unterdrücken. So hat der Staatssekretär des Reichskolonialamts den Gouverneur von Deutsch-Ostafrika ersucht, den Herausgeber der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“ von Koy und den Buchdruckermeister Klein aus der Kolonie auszuweisen. Die beiden Presskämpfer, die bekanntlich wegen Beleidigung höherer Kolonialbeamter zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, sollen also einfach aus der Kolonie hinauspediert werden. Eine überaus bequeme Methode, einem unangenehmen Pressunternehmer, das gelegentlich oppositionelle Entwürfungen riskierte, das Lebenslicht auszublasen! Auf die rechtliche Seite der Sache werden wir noch zurückkommen.

### Unwahrscheinliches aus Preußen.

Nach der Meldung eines Blattes soll in maßgebenden Kreisen der preussischen Finanzpolitik ernsthaft erwogen werden, die untersten vier Stufen der Einkommensteuer demnächst fallen zu lassen, also die Einkommen bis zu 1500 M. von der Besteuerung zu entbinden. Diese Maßnahme, die damit motiviert werde, daß die Veranlagung dieser vier unteren Klassen sehr viel Arbeit mache, würde mit einem Steuerausfall von jährlich 88 Millionen Mark verbunden sein. Die „Frankfurter Zeitung“ meint, daß angesichts der bekannten Finanzlage die Nachricht wenig glaubhaft klinge. Auch wir halten einen solchen Akt der steuerpolitischen Willigkeit in Preußen für ausgeschlossen. Bekanntlich hat ja die sozialdemokratische Landtagsfraktion seinerzeit den Antrag gestellt, die untersten Steuerstufen von der Einkommensteuer zu befreien, da bei der ungeheuren Steigerung aller Lebensmittelpreise, überhaupt der gesamten Lebenshaltung, das derzeit festgesetzte Existenzminimum von 900 Mark heute viel zu niedrig sei. Statt aber dem sozialdemokratischen Antrag zu entsprechen, beschloß die große Mehrheit des Reichstagsparlaments sogar, die neuen Steuerzuschläge bereits von einem Einkommen von 1200 M. beginnen zu lassen, während selbst die Regierung in ihrer Vorlage solche Zuschläge erst für Einkommen von 7000 M. an vorgesehen hatte!

### Ein empfindsamer Reichsverbändler a. D.

Vor einigen Tagen wurde vor dem Schöffengericht Erfurt eine Privatbeleidigungssklage des Dr. med. Höfner in Weimar gegen den Redakteur Wilhelm Dahl von der „Thüringen“ (Hauptblatt unseres Erfurter Kurierorgans „Tribüne“) behandelt, deren Hintergrund noch einmal der seinerzeit großes Aufsehen erregende Chemnitzer Ortskrankenkassenstreit bildete, in dem ja bekanntlich gerade jener Dr. Höfner eine hervorragende, allerdings keineswegs rühmliche Rolle als geistiger Urheber der Schubertischen Sudelbrochure gegen die Sozialdemokratie gespielt hatte. Dr. H. war ja zudem auch Vorsitzender der Chemnitzer Ortsgruppe des Reichsverbandes. Im Mai d. J. brachte nun die „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel, der diese Reichsverbandsgröße noch einmal gehässig unter die Lupe nahm und in dem unter anderem auch auf die Tatsache hingewiesen wurde, daß Dr. Höfner durch Schiedspruch dreier Stadträte auf drei Jahre von der Praxis an der Chemnitzer Ortskrankenkasse ausgeschlossen sei. Der Herr war beleidigt und lief zum Kabi, um unseren Genossen Dahl bestrafen zu lassen und außerdem 1000 M. Buße zu verlangen. Gegen die „Leipziger Volkszeitung“, die als Quelle angegeben war, klagte H. merkwürdigerweise nicht. Das Gericht kam auch wirklich, trotz des im Schiedspruch festgestellten Tatbestandes, wie er im Artikel behauptet war, zu einer Verurteilung des angeklagten Redakteurs, weil der Wahrheitsbeweis nicht dafür erbracht sei, daß Dr. Höfner sich in unläuterer Weise habe bereichern wollen. Das Urteil lautete auf 50 M. Geldstrafe. Natürlich wird Verurteilung gegen dasselbe eingeleitet.

An sich würde die Beschuldigung für die Öffentlichkeit kein besonderes Interesse bieten, wenn nicht noch ein interessantes Zwischen spiel damit verbunden wäre, das auf Herrn Dr. Höfner sowohl, wie auf den Reichsverband ein recht eigenartiges Licht zu werfen geeignet ist. Kurz vor dem schon einmal auf den 20. Oktober angesetzten Termin erzielte Genosse Dahl von Dr. H. einen Brief, in dem ihm ein Vergleich unter Bedingungen angeboten wurde, die als unannehmbar zurückgewiesen wurden. In diesem Briefe nun charakterisierte Dr. Höfner sich und den Reichsverband durch folgende interessante Stelle:

„Was Sie (den Genossen Dahl) betrifft, so ersehe ich aus verschiedenem, daß Sie mich in politischer Beziehung ganz



**Falsch beurteilen.** Ich will Ihnen daher nur soviel sagen, daß ich seit 2 Jahren dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie nicht mehr angehöre und jegliche Beziehungen zu seinem Kreise abgebrochen habe, nachdem mich dieser Verband im gegebenen Moment auf das schmachlichste im Stiche gelassen hatte. Ich bin froh, wenigstens meine baren Auslagen mit Ruhe und Not von ihm zurückerhalten zu haben.

Wie die Verhandlung ergab, tat Herr Dr. Böcker sehr unrecht daran, jegliche Beziehung mit dem Reichsverband abbrechen; seinem Verhalten vor Gericht nach sollte er mindestens zu seinem feinen Verhalten vor Gericht nach sollte er vielmehr zum Ehrenmitglied dieses Verbandes ernannt werden.

### Erstwahl zum preussischen Landtag.

Durch die Beförderung des nationalliberalen Abg. Schiffer zum Rat am Oberverwaltungsgericht mußte in Magdeburg eine Nachwahl stattfinden; Schiffer kandidierte wieder und wurde wiedergewählt. Er erhielt alle abgegebenen Stimmen.

Auch in Schroda mußte für den früheren Abg. Szumann eine Nachwahl stattfinden. Es wurden abgegeben für Rechtsanwalt v. Trampczynski 372 Stimmen und für den deutschen Kandidaten v. Günther in Grzybano 101 Stimmen.

### Das neue oldenburgische Schulgesetz.

Liberalen und Sozialdemokraten setzten am Donnerstag im Landtage mit knapper Mehrheit gegen das Zentrum und die Agrarier die Annahme der Lehrerepetition um Abänderung der Dienstverweisung zum Schulgesetz durch, wodurch der Einfluß der Kirche beschränkt wird.

### Zu den Landtagswahlen in Ruß j. L.

**Gera.** Bei der heutigen Landtagswahl siegte der Nationalliberal über unsere Genossen mit einer Mehrheit von 60 Stimmen. Die Sozialdemokratie hat also nur zwei Mandate neu erobert.

### Frankreich.

#### Ein Kolonialskandal.

Paris, 15. Dezember. Gestern hat sich der Budgetausschuß mit der Frage der Agoko-Tanga-Gesellschaft beschäftigt, der aus Anlaß der Grenzberichtigung zwischen Französisch-Kongo und Kamerun auf Grund des Schiedspruchs 2 400 000 Franc Entschädigung von der französischen Regierung gezahlt werden sollen. Verschiedene Blätter haben gegen die Regierung und die Agoko-Tanga-Gesellschaft eine heftige Fehde eingeleitet; so bezeichnet „Aurore“ die Angelegenheit als ein afrikanisches Panama.

### Dänemark.

#### Radikale und Sozialdemokraten.

Die Bürgerrepräsentation von Kopenhagen hat am Montag den Inspektor Lehmann zum Bürgermeister gewählt. Es wurden für ihn 21 Stimmen, die der 6 Radikalen und der 16 Antisozialisten abgegeben; unsere Parteigenossen, die nur über 18 Stimmen verfügten, stimmten für den Genossen Chr. Christensen; die der Inneren Mission angehörende Stadtverordnete Fräulein Blom enthielt sich der Stimme. Die Radikalen hatten sich vorher mit den Antisozialisten darüber verständigt, daß Lehmann gewählt werden sollte, während sie bisher bei derartigen Wahlen mit den Sozialdemokraten zusammengingen.

Das Vorgehen der Radikalen bedeutet einen Bruch der Allianz zwischen Radikalen und Sozialdemokraten. Zu ihrer Entschuldigung führten sie an, daß sie wohl bereit gewesen seien, für einen anderen Sozialdemokraten zu stimmen. Die Sozialdemokratie kann sich natürlich nicht von einer anderen Partei vorschreiben lassen, welche Personen sie für ein Amt in Vorschlag bringt. In einem prinzipiellen Artikel schreibt „Sozialdemokraten“ hierzu:

„Aber die Hauptsache ist, daß eine Sozialdemokratie, die eine andere Partei Einfluß darauf ausüben ließe, wer von ihr zu ledigen Posten aussersehen werden soll, sich selbst zugrunde richten würde. Das wäre eine Aufforderung an Streiber aller Art, sich zum Dienst zu melden und sich Einfluß und Protektion in anderen Parteien zu verschaffen, um mit ihrer Hilfe in der Sozialdemokratie emporkommen. Das wäre Briand- und John Burns-Geschichtenmacher. Die dänische Sozialdemokratie hat sich niemals und wird sich niemals auf dergleichen einlassen. Die dänische Sozialdemokratie kann sich mit anderen Parteien alliiert, wenn die Interessen der Arbeiterklasse und die allgemeine demokratischen Interessen es verlangen, aber nur als selbständige Partei. Unsere Parteiverantwortung geben wir niemals auf. Wir verstehen sehr wohl, daß eine liberale Partei Interesse daran haben kann, unseren Zusammenhalt zu lockern, Einfluß auf gewisse Vertreter in unseren Reihen zu gewinnen und eine Sprengung vorzubereiten. Desto bestimmter treten wir allen Versuchen in dieser Richtung entgegen.“

Unsere dänischen Parteigenossen haben sofort, wie ihnen das Bündnis der Radikalen mit den Antisozialisten bekannt wurde, die nötigen Konsequenzen daraus gezogen. Der Vorsitzende der Bürgerrepräsentation, Genosse Lamm, hat im Einverständnis mit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion und dem Parteivorstand sein Amt niedergelegt, weil die Voraussetzungen, unter denen er gewählt wurde, nämlich die, daß eine aus Sozialdemokraten und Radikalen bestehende demokratische Mehrheit vorhanden war, durch die neue radikal-antisozialistische Mehrheit hinfällig geworden sind. Die Fraktion hat weiter beschlossen, daß das Zusammengehen mit den Radikalen bei der Besetzung von Ausschüssen in der Bürgerrepräsentation sowie bei anderen derartigen Fragen aufhören soll. Der Parteivorstand hat auch diesen Beschluß einstimmig gutgeheißen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird in den nächsten Tagen zusammentreten, um ebenfalls über die veränderte Stellung zur radikalen Partei zu beraten.

Der neue Armenbürgermeister Lehmann ist keine politische Persönlichkeit; er ist nicht Mitglied der radikalen Partei, gehört vielmehr dem konservativen sogenannten Arbeiterverein von 1866 an. Er ist ein Beamter, der es mit niemandem verderben möchte, der, wenn er mit einem Sozialdemokraten redet, sich als Sozialdemokrat gibt, und ebenso liberalen und konservativen Leuten nach dem Munde zu reden versteht.

### Rußland.

#### Die gewalttätige Polizei!

**Petersburg, 15. Dezember.** Die Sozialdemokraten haben in der Reichsduma eine Interpellation eingebracht, betreffend das gewalttätige Vorgehen der Polizei bei Studentenversammlungen und das Verbot an die Zeitungen, darüber zu schreiben.

#### Die Vorkipfel.

**Petersburg, 14. Dezember.** In der heutigen Sitzung der Reichsduma wurde einstimmig eine Interpellation an den Minister des Innern angenommen betreffend die gesetzwidrige Handlung eines Agenten der Geheimpolizei, der in

Jelaterinostsk in eine Arbeiterwohnung während der Abwesenheit des Bewohners Sprengstoffe gebracht hatte, was die Verteilung zweier Arbeiter zu Zwangsarbeit nach sich zog. Sodann nahm die Duma eine Uebergangsformel an, in der Provokationen von Regierungsgentlen in jeder Form verurteilt werden, gleichviel, ob es sich um persönliche Zwecke der Agenten oder um falsch verstandene Ziele der Reichspolitik handle.

### Japan.

#### Die Kulturarbeit in Korea.

Aus Yokohama wird geschrieben: In Korea herrscht zurzeit die gepanzerte Faust, und alle schön klingenden Berichte der Regierung über die Ruhe im Lande sind nichts weiter als eben „amtliche Beleuchtungen“. Ruhe ist in Korea, aber die Ruhe des Kirchhofes.

Die Japaner spielen sich als Gewalt herrscher auf. Mit dem gespannten Revolver, den Finger am Drücker, laufen sie in den Straßen herum und schiessen jeden Koreaner über den Haufen, der ihnen nicht schnell genug ausweicht oder nicht genügend Höflichkeit erweist. Im Falle einer Anklage erfolgt meistens Freisprechung, weil der Angeklagte den Einwand der Notwehr macht und der Geschlossene natürlich nicht mehr reden kann.

In der japanischen Presse wird ganz offen zugegeben, daß die Japaner für die Koreaner schlechte Vorbilder seien. Und ein japanischer Oberlehrer in Korea hat klagend berichtet, daß von allen Zivilproben über 40 Proz. gegen Japaner, von den Strafprozessen sogar 50—60 Proz. gegen Japaner geführt werden müssen. Das ist nun die Besserung, die den Koreanern gebracht wurde, daß sie von den „volksbefreienden Japanern“ um Geld, Gut und Leben gebracht werden.

Wenn man bei obigen Prozentsätzen noch die geringe Kopfzahl der Japaner berücksichtigt, so steigt die Ziffer der japanischen Straftaten in Korea noch ganz erheblich.

### Amerika.

#### Neue Militärforderungen.

Washington, 14. Dezember. Der Generalkommandant hat dem Komitee für Militärausgaben im Repräsentantenhaus eine Denkschrift unterbreitet, in welcher darauf hingewiesen wird, daß die Vereinigten Staaten gegen einen Angriff des Auslandes nicht gerüstet seien. Es wird weiter darin hervorgehoben, daß mehr Artillerie, mehr Feldgeschütze und ein größerer Vorrat von Kriegsmunition nötig sei, es wird schließlich die Vermehrung des stehenden Heeres von 80 000 auf 100 000 Mann verlangt.

### Aus der Partei.

#### Die Bürgerauswahlwahl in Groß-Stuttgart.

Unter diesem Titel brachte das Heilbronner Parteiorgan, das „Rekar-Echo“, einen Leitartikel, in dem es u. a. heißt:

Von den sozialdemokratischen Kandidaten sind gewählt: Rattutat mit 11 138 Stimmen, Fischer mit 11 009 Stimmen, Sämman mit 10 718 Stimmen, Wehr mit 10 586 Stimmen, Reichardt mit 10 403 Stimmen, Ruprecht mit 10 215 Stimmen.

Auf die übrigen Kandidaten entfielen Stimmen: Hönig 10 163, Frey 10 036, Westmeyer 10 011, Böhm 9956, Pailenschmid 9871, Braß 9835, Oster 9586, Ranz 9578.

Dieser Wahlausfall ist in parteipolitischer Beziehung nicht uninteressant. Es ist mit Freude zu begrüßen, daß die sozialdemokratischen Wähler den vier schon bisher im Bürgerauswahlgang tätigen gewesenen Genossen Rattutat, Fischer, Sämman und Wehr ihr unverändertes Vertrauen dadurch belundeten, daß sie diese mit den höchsten Stimmengahlen wiederwählten. Besonders pilant ist es, daß hierbei zwei der am meisten in Stuttgarter Parteifreien angegriffenen Mitglieder der Landtagsfraktion mit bemerkenswerten Stimmenvorsprungen an die Spitze des Zettels kamen. Es ist also wohl doch etwas Wahres an der Behauptung, daß die Mehrheiten in den Parteiverfammlungen nicht immer der Ausdruck der wirklichen Stimmung unter der gesamten sozialdemokratischen Anhängerschaft sind!

Die „Truhlandidaturen“ der sogenannten radikalen Richtung, deren Spitze sich selbstverständlich in erster Reihe gegen die seitherigen Kandidaten richteten, haben diesen gegenüber bemerkenswert schlecht abgeschnitten. Zwei dieser Kandidaturen, Oster und Ranz, sind ganz an den Schwanz des Zettels geraten, und das Zurückbleiben der Kandidatur Westmeyer bis an die neunte Stelle ist darum um so auffälliger, als dieser Name durch Beschluß der Parteiverammlung als erster auf den Zettel kam, also gewissermaßen den Platz an der Sonne erhielt. Nachdenklichen Parteigenossen dürfte dieser Wahlausfall den Anlaß zu lehrreichen Betrachtungen geben.

Aber noch etwas anderes ist zu dem Wahlausfall zu sagen, daß nämlich das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmengahl sich in recht mäßigen Grenzen bewegt. Seit drei Jahren steht jetzt die Stuttgarter sozialdemokratische Parteiorganisation unter der Leitung des Genossen Westmeyer, der für sich in Anspruch nimmt, aufklärende und insbesondere die „Massen“ ergründende Propaganda in großem Stil zu betreiben. In diesen drei Jahren hat sich die Zahl der Stuttgarter sozialdemokratischen Gemeindeglieder (eine Eingemeindung eingerechnet) um 1899 vermehrt. In den drei dieser Periode vorausgegangenen Jahren, als die Leitung der Stuttgarter Parteiorganisation noch in sogenannten „revisionistischen“ Händen lag, betrug das Wachstum der sozialdemokratischen Gemeindeglieder dagegen 3314! Auch in diese Periode fielen Eingemeindungen, aber selbst bei ihrer Berücksichtigung bleibt bestehen, daß die drei letzten Jahre den Aufschwung in der sozialdemokratischen Anhängerschaft, der dem Aufstand der großen Worte entsprochen hätte, nicht gebracht haben. Es zeigt sich also hierbei wieder, daß nicht der reißerische Lärm an den Fortschritt der Bewegung verbürgt, sondern daß zähes, solides und sachliches Arbeiten dazu unbedingt erforderlich ist.

Gegen diese Kritik, aus der nicht weniger als parteigenössischer Geist spricht, wendet sich der Landesvorstand für Württemberg mit folgender in der „Schwäbischen Tagwacht“ veröffentlichten Erklärung:

Das „Rekar-Echo“ bringt in seiner Monatsnummer an leitender Stelle eine Besprechung der Bürgerauswahlwahl in Stuttgart und kommt in seinen kritischen Betrachtungen in abfälliger Weise auf die gegenwärtige Parteileitung in Stuttgart zu sprechen.

Der Landesvorstand hat sich in seiner Sitzung vom 12. d. M. mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Er bedauert die Veröffentlichung dieses Artikels, der nicht geeignet ist, dem Parteinteresse und dem Parteifrieden zu dienen.

Stuttgart, 13. Dezember 1910.

Für den Landesvorstand:  
Der Vorsitzende: Carl Sperka.

#### Schritte der Parteiorganisation in Stuttgart.

Der letzte Vierteljahrsbericht, den in einer Versammlung der Parteisekretär Bullmer gab, verzeichnete in den Monaten Juli bis September 592 Rekrutierungen, das ist die höchste Ziffer, die bislang erreicht wurde. In den letzten beiden Monaten sind noch weitere 500 Mitglieder gewonnen worden, so daß im Verlaufe von fünf Monaten die Organisation um circa 1000 Mitglieder zunahm.

### Gemeindevorwahlen.

Die Gemeindevorwahlen im Gohaischen nehmen diesmal einen überaus günstigen Verlauf für unsere Partei. Wird auch im nächsten Jahre derart gewählt, so werden in einer Anzahl Gemeinden nur noch sozialdemokratische Abgeordnete in den Gemeindefürsorge anzureifen sein. Dieser Tage erhielten wir in Wölflis alle 4 Mandate mit sehr großer Mehrheit. In Cratwinkel drei und eins fiel mit nur einer Stimme Mehrheit an die vereinten Gegner. Auch in Schwärwald siegen wir mit zwei Vorschlägen. In Liebenstein unterlag die gegnerische Liste vollständig und erhielten wir alle drei Sitze.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Tilsit gelang es unseren Genossen, zwei Mandate zu erobern. Während bei der Hauptwahl die höchste Stimmengahl für einen sozialdemokratischen Kandidaten 528 betrug, stieg sie in der Stichwahl auf 821 Stimmen. Der Wahlausfall bedeutet einen glänzenden Erfolg für die opferwillige Arbeit unserer Genossen im Osten, betrug doch bei der vorigen Stadtverordnetenwahl unsere höchste Stimmengahl nur 127.

### Aus Industrie und Handel.

#### Rückgang des Viehautriebs.

Nach der vorübergehenden Zunahme im Oktober hat der Viehautrieb im Monat November wieder eine scharfe Einschränkung erfahren. Rechnet man die Lebendmasse von Vieh nach vierzig deutschen Schlachtwiegmächten auf Grund bestimmter Durchschnittsgewichte in Gewichtsmengen um und bringt hieron die Wiederanfuhr nach einem anderen dieser Marktorie in Abzug, so erhalten wir für den November d. J. ein gesamtes Schlachtwieganbot von 67 123 113 Kilogramm gegen 72 971 017 Kilogramm im November 1909. Die dem Schlachtwiege jedes Ortes zugeführte Menge stellte sich im Berichtsmontat auf 49 538 819 Kilogramm gegen 51 406 330 Kilogramm im November 1909. Während das Angebot um 8 Proz. zurückgegangen ist, ist die Menge des geschlachteten Viehes nur um 3,8 Proz. gesunken. Von den verschiedenen Vieharten haben nur Schweine an der Abnahme des Auftriebes keinen Anteil; bei Rindern, Kälbern und Schafen ist der Rückgang recht beträchtlich. Der Auftrieb stellte sich nämlich im November dieses und des vorigen Jahres in Stück auf

	1909	1910	Gegen 1909
Rinder . . .	75 747	65 607	- 10 140
Kälber . . .	90 726	80 254	- 10 472
Schafe . . .	84 741	74 344	- 10 397
Schweine . . .	333 590	332 141	+ 18 545

Die Abnahme der Stückzahl fällt bei Rindern aber dreimal stärker ins Gewicht als die Zunahme bei Schweinen. Nimmt man die ersten elf Monate zusammen, so ergibt sich zwar für Schweine eine starke Zunahme des Auftriebes, dem steht eine scharfe Abnahme des Rinder- und Kälberauftriebes gegenüber. Einen scharfen Rückgang weist der Auftrieb von Rindern in Berlin auf; er betrug in den ersten elf Monaten d. J. nur 132 817 Stück gegen 141 025 Stück im gleichen Zeitraum 1909. Die beobachteten Plätze in Ost-, Westpreußen und Posen weisen einen Rinderantrieb von 23 783 gegen 27 414 Stück auf, an denen Ostens und Elsaß-Lothringens stellt er sich auf 26 271 gegen 30 057 Stück. Nur in Sachsen und im Königreich Sachsen hat er merklich zugenommen. Beim Kälberauftrieb fand durchweg ein Rückgang statt, der im Königreich Sachsen, in Berlin, im Rheinland und in Bayern besonders groß war. An dem Rinderantrieb von Schweinen haben außer Berlin, dem Rheinland, Bayern und Sachsen auch Baden und Württemberg einen beträchtlichen Anteil.

#### Die Preisentwicklung am Zuckermarkt.

Der Preis für Zucker am Zuckermarkt, der sich innerhalb der letzten Monate vollzog, konnte den Anschein erwecken, als ob die Zuckerpriese nun schon einen ganz besonders niedrigen Stand hätten. Dem ist aber nicht so. Der Monat Mai d. J. hat einen Höchststand des Zuckerpriese gebracht, wie er seit langer Zeit nicht notiert worden war. In Doppelzentner Rohzucker kostete im Mai d. J. in Magdeburg 29,68 M.; er hatte im Vorjahre nur 20,78 M. gekostet. Im Juni erfolgte der erste, aber noch sehr geringfügige Abschwung. Der Preis für Zucker stellte sich in Magdeburg wieder auf 20,30 M. Von Juli auf September ist er demnach um 30 Proz. zurückgegangen. Damit ist aber die Abwärtsbewegung noch keineswegs abgeschlossen, sondern der Oktober brachte einen Preis von 18,16 M. Im Oktober 1909 betrug er 21,60 M. Vergleicht man nun mit früheren Jahren, so zeigt sich, daß der Preis selten über 19 M. hinauszuging, denn im Oktober 1908 stellte er sich auf 18,97, 1907 auf 18,23 und 1906 sogar auf 17,53 M. In den Jahren 1905 und 1903 hatte der Monat Oktober sogar einen Preis von 16,44 resp. 16,01 M. gebracht. Wenn der Preis trotz des Rückganges gegenüber dem Vorjahre noch verhältnismäßig hoch steht, so ist dies um so verwunderlicher, als das Ergebnis des neuen vom 1. September ab laufenden Betriebsjahres der Zuckerrücklagen so geringfügig ist, wie es seit vielen Jahren nicht der Fall war. Die gesamte Herstellung von Rohzucker betrug nämlich in Doppelzentnern in den Monaten September und Oktober der Jahre

1903 . . .	6 679 313	1907 . . .	6 300 439
1904 . . .	5 550 483	1908 . . .	8 154 902
1905 . . .	7 266 393	1909 . . .	6 800 688
1906 . . .	6 993 165	1910 . . .	8 780 585

Die Herstellung ist also bedeutend größer als in allen früheren Jahren. Der Inlandmarkt ist außerdem noch dadurch besser versorgt als im vergangenen Jahre, daß die ins Ausland gefandenen Mengen bedeutend geringer sind als damals. Denn die Ausfuhr von Zucker betrug in den ersten zehn Monaten d. J. nur 4 887 915 Doppelzentner, während sie im gleichen Zeitraum 1909 6 308 345 Doppelzentner betragen hatte. Auch in den Jahren 1905 und 1907 war die Exportmenge der ersten zehn Monate nicht unter 6 Millionen Doppelzentner heruntergegangen. Es sind also dem Inlandmarkt im laufenden Jahre rund 1 5 Millionen Doppelzentner mehr verblieben als im Vorjahre.

Deutschlands Außenhandel erreichte im Spezialhandel ohne Edelmetalle 735 Millionen Mark in der Novemberanfuhr, 7781 Millionen Mark in der Einfuhr der abgelaufenen elf Monate d. J. gegen 7730,2 Millionen Mark im gleichen Abschnitt des Vorjahres, 640,8 Millionen Mark in der Novemberanfuhr und 6744 gegen 6921,4 Millionen Mark im abgelaufenen Jahresabschnitte dieses und im gleichen Abschnitt des letzten Jahres. Die Gold- und Silbereinfuhr hatte einen Wert von 14,6 Millionen Mark im November und von 510,3 gegen 297,2 Millionen Mark in den Monaten Januar-November dieses und des abgelaufenen Jahres, die Gold- und Silbereinfuhr einen Wert von 4,1 Millionen Mark im November und von 229,1 gegen 256,9 Millionen Mark in den elf Monaten Januar-November dieses und des vergangenen Jahres.

Die Kohlenversorgung der Londoner Gemeindeverwaltung soll einheitlich organisiert werden. Das Komitee für Einkaufswesen hat dem Grafschaftsrat die Anstellung eines Kohleneinkaufers empfohlen, der alljährlich im Mai die Kohlenpreise nach Angebot auffordern soll, um Abschlüsse für das am 1. Juli beginnende Geschäftsjahr zu machen. Lagerplätze sollen an den Eisenbahnen gepachtet und ein Stamm Lagerarbeiter angestellt werden. Von da sollen die Kohlen direkt an die Bedarfstellen: Pumpwerke, Lagerhäuser, Schulen, Amtgebäude usw. geliefert werden. Die Menge Kohlen, die so, mit Umgehung des Zwischenhandels, von der Grafschaftsverwaltung bezogen werden soll, wird für das erste Jahr auf 115 523 Tonnen, dazu noch 15 820 Tonnen Reis berechnet. Es ist interessant, daß es gerade unter der Herrschaft der antisozialistischen „Gemäßigten“ ist, daß der Grafschaftsrat durch wirtschaftliche Erwägungen zu einer derartigen kommunalpolitischen Maßregel geführt wird. Interessant freilich auch, daß man erst jetzt dazu kommt, eine Maßregel, die bei uns als selbstverständlich erscheint, durchzuführen.



# Gewerkchaftliches.

## Hintzes „Siebenmonatskinder“ in Rastatt.

Seit vier Wochen stehen die Arbeiter der Waggonfabrik in Rastatt im Streik. Das Verhalten der Polizeibehörde und der nach Rastatt beorderten Gendarmerie ist derartig, daß dem Zentralverband deutscher Industrieller sehr leicht Material zu dem geplanten Ausnahmegelebe geliefert werden könnte, wenn die Arbeiter sich zu Ausschreitungen verleiten ließen. Zu dem bisherigen Moabit soll vielleicht ein bischen Rastatt kommen. Schon vor 14 Tagen konnte festgestellt werden, daß der auf der Verpflegungstation amtierende Polizist den Durchreisenden, die Verpflegung in Anspruch nehmen wollten, diese verweigerte, wenn sie nicht als Streikbrecher in der Waggonfabrik anfangen wollten. Auf eingereichte Beschwerden der Organisationsleitung wurde in diesem Fall Abhilfe zugesagt.

Vor einigen Tagen kam ein Trupp durch Agenten angeworbener Leute aus Kaiserslautern. Als diese in Erfahrung brachten, daß sie als Streikbrecher Verwendung finden sollten, weigerten sie sich, in die Fabrik hineinzugehen. Durch Polizei und Gendarmen wurden sie aber förmlich in die Fabrik hineingetrieben und dort fast wie Gefangene behütet; erst vier Tage später gelang es ihnen, aus dem Betrieb wieder herauszukommen. Eine Hauptaktion aber führten die Sicherheitsorgane am Montag, den 12. Dezember, aus. Von den Arbeitswilligen waren Sonnabend abend 7 Mann nach Hause gefahren. Als diese am Montag früh wieder nach Rastatt zurückkamen, wurden sie von circa 20 Polizisten, die wie die Berliner Schutzleute mit Revolvern ausgerüstet sind, in Empfang genommen und nach der Fabrik gebracht. Als die Streikposten versuchten, mit den Arbeitswilligen zu sprechen, ging die Polizei energisch vor und schimpfte die Streikenden. Die Polizisten zogen blank und suchten mit den Säbeln in der Luft herum. Kriminalbeamte schlugen mit Gummischläuchen auf die Arbeiter los, wobei sie durch die Meister der Fabrik unterstützt wurden, die ebenfalls mit Knüppeln auf die Arbeiter einschlugen, unter Aufsicht der Polizei nach berühmtem Muster der Sings-Garde in Moabit.

Zu einem Unbeteiligten sagte ein Polizist: „Wenn es noch einen Augenblick länger gedauert hätte, so hätte ich einem die Schwarte durchgehauen!“

Wünscht die badische Regierung ein zweites Rheinfeld? Die Zivilbehörde ist dagegen streng objektiv, und auch die Bahnbeförderung hat es abgelehnt, sich von dem Fabrikdirektor Jakobs vor seinen Karren spannen zu lassen. Auch sonst zeigt dieser Kampf noch interessante Momente. Einige Ingenieure lassen sich von dem Fabrikdirektor benützen, um als Streikbrecheragenten in der Welt herumzureisen. Die berüchtigte Streikbrecheragentur der Witwe Müller in Altona hat einen Trupp von 80 Streikbrechern geliefert. Mit den Arbeitswilligen ist vertraglich vereinbart, daß sie sofort nach Beendigung des Streiks wieder verschwinden müssen. Jedes der „nützlichen Elemente“ ist mit einem Dolch ausgestattet. Diese Dolche wurden in der Fabrik selbst gemacht. Das muß die Kampfeslust dieser Helden anspornen. Ereignen sich aber Zwischenfälle, dann sind natürlich nur die Streikenden, nicht die mit Dolchen bewaffneten Klausrischer daran schuld.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Metallarbeiter!** Der Streik auf den Norddeutschen Automobilwerken Hameln a. d. Weser dauert nunmehr die dritte Woche. Die Firma macht kolossale Anstrengungen, um Arbeitswillige zu erhalten. Um die Streikenden wankelmütig zu machen, hat sie einen Transport internationaler Streikbrecher kommen lassen. Die Streikenden haben aber ihre Solidarität bewiesen und sind nicht auf den Köder hineingefallen. Die Firma sucht nun Leute, mit denen sie früher in Korrespondenz gestanden hat, zum Arbeitseintritt zu bewegen. Das geschieht nicht immer mit feinen Mitteln, was folgende Karte zeigt:

Hameln, den 12. Dezember 1910.

Auf Ihre Karte vom 9. d. erwidern wir Ihnen, daß wir Ihrem Eintritt am Mittwoch, den 14. d. M., entgegensehen. Wir machen Sie gleichzeitig darauf aufmerksam, daß der Streik heute zu unseren Gunsten entschieden ist und daß Sie bei Ihrer Ankunft irgendwelche Schwierigkeiten nicht haben.

Achtungswoll Norddeutsche Automobilwerke.

Um sich vor Schaden zu bewahren, ersuchen wir die Kollegen, sich mit der Streikleitung in Verbindung zu setzen, ehe sie Arbeit annehmen, um nicht auf derartige Täuschungsversuche hineinzufallen. Der Streik dauert unverändert fort. Wird: niemand zum Streikbrecher.

**Achtung, Papierarbeiter!** In der Papierfabrik Dr. Karl P. Fues, Hanau a. M., sind die Arbeiter wegen Maßregelung in den Streik getreten. Wir ersuchen alle Papierarbeiter, die Arbeit bei oben genannter Fabrik zu meiden. Die Löhne betragen 2,60 bis 3,10 M. pro Tag bei 12stündiger Arbeit.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

## Eine erfolgreiche Lohnbewegung in den Bremer Zigarrenfabriken.

Während die Zigarrenarbeiter haben auch die in den Riffenfabriken beschäftigten Arbeiter unter den Wirkungen des Tabaksteuergesetzes in der letzten Zeit empfindlich zu leiden gehabt. Große Arbeitslosigkeit in den Hauptorten dieser Industrie war besonders anzutreffen, so daß eine große Anzahl Arbeiter ein Unterkommen in anderen Industriezweigen suchen mußte. Wie in den meisten Industrien, so macht sich auch hier das Bestreben der Fabrikanten bemerkbar, einen möglichst abhängigen, willigen Arbeiterstamm zu schaffen, und die Fabriken nach kleinen Orten zu verlegen, wo sie glauben, die Bedingungen hierfür zu finden. In früherer Zeit war diese Fabrikation fast ausschließlich in Bremen und Hamburg anzutreffen, heute finden wir in Bünde, Minden und weiteren Orten Westfalens und Süddeutschlands Kaufende von Arbeitern dieses Gewerbes beschäftigt. Die Löhne in diesen Orten stehen weit unter denen in Bremen und Hamburg.

Die Bremer Riffenmacher, über 1000 an der Zahl, waren seit langen Jahren vorzüglich organisiert. Sie führten im Jahre 1900 einen langen Kampf um eine geringe Lohnerhöhung und Verlängerung der Arbeitszeit. Nach monatelangen Kämpfen mußten sie bedingungslos in die Betriebe zurückkehren, weil in den anderen Orten die dringenden Arbeiten fertiggestellt wurden. Als schlimme Folge des Streiks zeigte sich aber in den Reihen der Arbeiter eine geradezu unverständliche Mutlosigkeit, die eine große Mitgliederflucht im Gefolge hatte und den Arbeitgebern die Möglichkeit gab, Lohnfälligkeiten und weitere Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis durchzuführen. Vollständig vernichtet konnten die Arbeitgeber aber die Organisation der Arbeiter auch in diesem Beruf nicht. Eine mächtige Schar hielt stand und ließ lieber Maßregelungen und Entlassungen über sich ergehen, als der Organisation unterzu gehen. Und immer und immer wieder versuchten diese, ihre Leidensgefährten der Organisation zuzuführen. Mit Energie wurde aber nicht allein in Bremen die Agitation betrieben, sondern auch in Orten, wo die Arbeiter noch schlechter gestellt sind, so insbesondere in Bünde. Der Eifer wurde belohnt. In Bünde gelang vor zwei Jahren eine erfolgreiche Lohnbewegung, und die dortigen Riffenmacher sind fast geschlossen organisiert. In Bremen gelang es aber erst in diesem Jahre, eine vollständig geschlossene Organi-

zation wieder zu schaffen. Sie konnten jetzt eine glänzende Lohnbewegung durchführen, die zum Vertragsabschluss führte.

Der Vertrag läuft bis zum 1. Juli 1913. Die bis jetzt übliche Arbeitszeit von wöchentlich 60 Stunden wird sofort auf 57 und am 1. Mai 1911 auf 54 Stunden verkürzt, der Stundenlohn für Riffenmacher wird auf 52 1/2 Pf. pro Stunde erhöht; am 1. Mai 1911 erfolgt ein Aufschlag von 4 1/2 Pf. pro Stunde. Für jugendliche Arbeiter beträgt der Mindeststundenlohn 35 Pf. Bei der Verlängerung der Arbeitszeit steigt der Lohn für die jugendlichen Arbeiter ebenfalls um 4 1/2 Pf. pro Stunde. Für Ueberstunden wird für die ersten beiden ein Aufschlag von je 12 Pf., für jede weitere und für Sonntagsarbeit ein Aufschlag von 20 Pf. bezahlt. Die Arbeitsvermittlung geschieht durch den paritätischen Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe Bremens. Für genügende Waschvorrichtungen, gutes Trinkwasser und hygienische Einrichtungen usw. ist in jeder Fabrik zu sorgen.

## Ueber die Verhältnisse der Zigarettenfabrik Waldorf-Astoria und ihren Filialbetrieb Juffenhausen

und über die in diesem Betrieb erfolgten Maßregelungen führen die dort beschäftigten Arbeiter lebhaft Beschwerde. Die ersten angebahnten Verhandlungen der Organisationsvertreter wurden von dem Vertreter der Firma, Koll, abgelehnt. Nachdem der Mitinhaber Marx von den bestehenden Differenzen erfahren, wandte er sich persönlich an den Zentralvorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes in Bremen. Es wurde nun auf Freitag, den 25. November eine Verhandlung anberaumt, zu der als Vertreter der Firma die Inhaber Marx und Koll und unfererseits Deichmann-Bremen, Gauleiter Adolf Heising, sowie Schwandt erschienen waren. Bei dieser Verhandlung stellten Marx und Koll jede Maßregelung in Abrede; sie erklärten sogar, daß die Firma das Koalitionsrecht der Arbeiter anerkennt, nur dürften sich die Arbeiter nicht organisieren! Wir fragen uns erstaunt, was verstehen denn eigentlich diese Herren unter Koalitionsrecht? Mühte doch Koll selbst zugeteilen, daß die betreffenden Kollegen und Kolleginnen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verband und Agitation für denselben entlassen worden sind. Auch den Vorwurf einer Lohnreduzierung und Lohnrückerei wies die Firma weit von sich. Als nun die Organisationsvertreter auf einen erst vor ganz kurzer Zeit passierten Vorgang aufmerksam machten, wo die Firma dazu überging, einen großen Teil ihrer bisherigen Rundarbeiter auf Flackarbeit zu setzen und den Arbeitern 40-80 Pf. weniger pro Woche bezahlte wie bislang, erklärten die Vertreter der Firma, daß in einer Sitzung der Aktionäre beschlossen worden sei, nicht mehr als 3 M. pro Woche zu zahlen. Trotzdem stellen die Inhaber jede Lohnrückerei in Abrede. Die Firma ist der Meinung, mit der Errichtung der Filiale Juffenhausen den dortigen Arbeitern eine große Wohlthat erwiesen zu haben. Aber wenn wir die Sache genau betrachten, ist es der Firma nur darum zu tun, billigere und willigere Arbeitskräfte zu finden. Werden doch dort 70 Pf. bis 1,85 M. weniger gezahlt als im Stuttgarter Betrieb! Doch es die Vertreter der Firma mit der Wahrheit nicht so genau nehmen, zeigt folgender Vorgang. Die Firma behauptet, ihren Arbeitern in der kulantesten Weise entgegenzukommen, wenn es sich darum handle, Arbeiter von Hund- auf Flackarbeit zu setzen (was mit einer Verdienstminderung verbunden ist), indem sie 2 M. pro Woche auf die Dauer von 2 Wochen zum verdienten Lohn auszahlen. Eine in diesem Sinne ergangene Umfrage bestätigte Angehörtes jedoch nicht. — In zwei Betriebsversammlungen zu Stuttgart und Juffenhausen erstattete Deichmann Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen, wobei das Verhalten der Firma aufs schärfste verurteilt wurde.

## Zum Streit der Vergarbeiter in Gausham (Oberbayern).

Was niemand für möglich hielt, ist zur Tat geworden, die oberbayerischen Vergarbeiter haben, des endlosen Verhandels und Wartens müde, am Montag die Arbeit niedergelegt. Auf dem in Frage kommenden Werk Gausham sind in der Regel circa 1600 Arbeiter über und unter Tage beschäftigt. Die Löhne stiegen im letzten Jahre in Gausham um 37 Pf. niedriger als auf dem Schwefelwerk in Penzberg, wo die Oberbayerische Aktiengesellschaft eine gleich große Zahl von Arbeitern beschäftigt. Im Verlauf dieser Bewegung haben sich die Gaushamer Vergarbeiter damit einverstanden erklärt, daß sie von einer Kündigung Abstand nehmen würden, wenn sie mit den Vergarber Kameraden gleichgestellt würden. Sowohl die Arbeiter des Gaushamer wie des Penzberger Werkes stimmten einem diesbezüglichen Schiedsspruch des Vergewerbergerichts zu. Die Generaldirektion glaubte nicht an eine Streikstimmung und lehnte den Schiedsspruch ab. Die Arbeiter reichten darauf ihre Kündigung ein. Erneute Einigungsvorschläge des Oberbergamts mußten von den Arbeitern am Sonntag abgelehnt werden, da sie doch nur auf eine Verschleppung der Bewegung hinstielen und der Arbeiterschaft nichts geboten wurde.

Zu der ablehnenden Haltung der Werkverwaltung kam im Laufe der vergangenen Woche noch, daß den alten Schichtmeistern, die Jahrzehnte dies Amt zur Befriedigung aller versehen hatten, das Gehalt abgenommen wurde. Dies geschah, weil diese Arbeiter die Kündigung eingereicht hatten. Die Sicherheit in der Grube wurde durch Liegenlassen von 48 Patronen Sicherheitsprengstoff und Sprengkopfen sehr gefährdet. Ferner wurde den Inhabern der Werkwohnungen mit Kündigung und Räumung der Wohnung gedroht. Werkbeamte strichen das Gehalt aus, daß eine größere Anzahl Arbeiter, und besonders die „Jücker“, abgelegt werden sollten. Durch solche Rationierungen war die Arbeiterschaft so empört worden, daß es am Sonntag in der Versammlung einfach hieß: „Jetzt fahren wir nicht mehr ein, wir sind es leid.“ Einmütig wurde der Streikbeschluss gefaßt und am nächsten Tage durchgeführt.

Nachdem die Arbeiterschaft den Streik begonnen hat, versucht die Verwaltung, sich von Schuld zurückzuweichen. In einem an die Presse gegebenen Bericht behauptet sie, daß die Verlesung in zwei Sporlösen 330 000 M. Spargelder aufgeparkt hätten, und daß dies nicht nach Hungerlöhnen aussehe. Alle Kenner der Verhältnisse lachen über diesen Einwand, denn zur Verlesung gehören doch auch die Beamten und sollen diese einen guten Teil der Sparer darstellen. Aber wenn auch eine größere Anzahl Arbeiter Spargelder haben, so beweist das nichts. Lastsache ist, daß in den letzten Jahren die Lebensmittelpreise gestiegen sind und daß es dem größten Teil der Arbeiter nicht möglich war, Geld zu sparen. Ein Teil des Sparguthabens setzt sich denn auch aus Erbschaftsgeldern usw. zusammen.

Dieser Einwand ist also nicht stichhaltig. Rehnlich sehen alle anderen Einwände auch aus. Die Situation des Streiks hat sich wenig verändert. Die Streikenden halten musterhaft Ordnung und haben die circa 50 Gendarmen nur die Streikbrechertransporte zu überwachen.

Die bisherigen Bemühungen des Oberbergamts Münschen, eine Einigung herbeizuführen, sind noch nicht erfolgreich gewesen. Eine stark besuchte Versammlung der Verlesung der vorgenannten Gausberg besaß am Montag gleichfalls die Arbeit niedergulegen.

Von 1600 Mann arbeiten rund 190. Segenteilige Behauptungen sind unwar. Doch, wie von „aristokratischer“ Seite behauptet wird, „aristokratische“ Vergarbeiter bekämpfen und verhauen wurden wären, beruht ebenfalls auf Unwahrheit. Unwahr ist auch, daß einige hundert sozialdemokratische Arbeitswillige zu verzeichnen sind. Unter den Arbeitswilligen befinden sich bloß 10 Verbänder. Die Einigungsverhandlungen haben noch zu keinem greifbaren Resultat geführt. Der Christliche Gewerbeverein proklamiert Streikbruch. Es kommen bei einer Verlesung von 3000 Mann in Penzberg und Gausham etwa 80 Gewerbevereiner in Frage.

### Ausland.

## Achtstundenschicht im galizischen Petroleumbetrieb.

Schon am Freitag wollten die Arbeiter der Petroleumschächte von Borschlaw-Drohobiz in den Streik treten, um die Achtstundenschicht zu erkämpfen, sie warteten aber auf Intervention der Regierung das Ergebnis einer Konferenz ab, an der die beiderseitigen

Organisationsvertreter, die Berghauptmannschaft und Reichsrats-abgeordneter Genosse Witul teilnahmen. Die Werksbesitzer klagen über die neuerdings wieder gesunkenen Preise und die verschlechterte Lage, erklärten sich aber bereit, falls die Verhältnisse bis dahin bessern, die Achtstundenschicht vom 1. Januar ab einzuführen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, sondern werden in Borschlaw und Wien fortgesetzt. — Man vergleiche übrigens diesen Notus aus dem halbslawischen Galizien mit dem Vorgehen der Generalpächter neubauischer Kultur, der Zechenherren des Ruhrreviers!

## Der englische Kesselarbeiterstreik beendet.

Die Aussperrung der Kesselarbeiter ist nunmehr aufgehoben worden, nachdem die Arbeiter mit 13 710 gegen 1296 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen haben.

## Der Bergarbeiterstreik in Wales.

Eine Versammlung von 10 000 Ausständigen des Aberdare-Distrikts hat beschlossen, die Arbeit unter der Bedingung wieder aufzunehmen, daß womöglich alle Leute wieder eingestellt werden. — Mit den 12 000 Cambrian-Bergleuten ist eine Einigung nicht erzielt worden. Ein Ende dieses Ausstandes dürfte daher vor Mitte Januar nicht zu erwarten sein.

## Versammlungen.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer hielt am Sonntagnachmittag eine außerordentliche Generalversammlung in den „Kaminhallen“ ab. Schwittau erstattete den Bericht von der Konferenz der Gauleiter und Vorstände. Die Konferenz hatte eingehend beraten, ob sich der Verband an der Internationalen Hygienischen Ausstellung in Dresden 1911 beteiligen soll. Man erkannte an, daß eine Beteiligung für die Berufsgenossen sehr nützlich und wichtig wäre, aber man glaubte, Grund zu der Annahme zu haben, daß die Ausstellungsleitung den Wünschen des Verbandes nicht genügend Verständnis entgegenbringen würde. Auch sei die Zeit viel zu kurz bemessen; seit drei Jahren schon würde die Ausstellung vorbereitet, und jetzt, in letzter Stunde, wende man sich an die Gewerkschaften. Die Beteiligung wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. — Die Konferenz beschäftigte sich dann noch mit verschiedenen Grenzfreirheiten zwischen den Maschinisten und Heizern und anderen Verbänden, besonders den Bauern, und zuletzt wurde in der Konferenz die regere Beteiligung an den statistischen Aufnahmen als notwendig hervorgehoben. Schwittaus Bericht wurde nur wenig diskutiert; die Versammlung war mit den Maßnahmen der Konferenz einverstanden. — Der zweite Punkt der Tagesordnung, die Wahl der Verwaltung, fand seine Erledigung durch die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Verwaltung. Einem Antrage, Witwen und Waisen von Mitgliedern eine Weihnachtsunterstützung zu gewähren, stimmte die Versammlung zu.

**Deutscher Metallarbeiterverband.** In einer außerordentlichen Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin, die am Sonntag den großen Saal von Freyer in der Kopenstraße füllte, wurden die Kandidaten zu den vier neuen Posten im Bureau aufgestellt. Dem Bericht der Prüfungskommission war zu entnehmen, daß auf die Ausschreibung der Stellen 208 Bewerbungen eingegangen sind, nach deren gründlicher Prüfung die Kommission zu dem Entschluß kam, der Generalversammlung 12 Kandidaten vorzuschlagen. Aus der Versammlung, der die Namen gedruckt vorlagen, wurden gegen keinen der Kandidaten Einwendungen erhoben. Die Wahl der vier neuen Angestellten, die durch die Mitglieder der ganzen Verwaltungsstelle Berlin erfolgt, findet am nächsten Sonntag in ungefähr 30 bis 40 Wahllokalen statt, die noch bekannt gegeben werden. — Ferner lag ein Antrag der Ortsverwaltung vor, zur Weihnachtsunterstützung der streikenden Feilenhauer in Renscheid 2000 M. zu bewilligen. Die der Vorsitzende Cohen ausführte, schlug die Ortsverwaltung diese im Verhältnis zu dem guten Stand der Ortskasse ziemlich gering erscheinende Summe vor, weil sich ja alle die über 600 Verwaltungsstellen des Metallarbeiterverbandes an dieser Weihnachtsbescherung beteiligen, so daß dadurch eine für diesen Zweck wohl ausreichende Summe zusammenkommt. Zudem müsse in Betracht gezogen werden, daß Berlin in letzter Zeit schon größere Summen für die Kämpfe in einer Reihe von Orten hergegeben hat, daß die Verwaltungsstelle ferner bereit sein müsse, den zum Teil noch ziemlich jung organisierten Goldarbeitern in Pforzheim mit einer Unterstützung beizuspringen, wenn die Unternehmer ihren Beschluß, die Betriebe bis Januar zu schließen, durchzuführen, und daß man ja schließlich auch in Berlin auf größere Kämpfe gefaßt sein müsse. — Der Antrag der Ortsverwaltung wurde sodann einstimmig angenommen. — Zum Schluß forderte Cohen die Versammelten in kräftigen Worten auf, der neuesten Scharfmachereide des Reichsanlagers die verdiente Beachtung zu schenken und mit Rücksicht darauf, daß man die Arbeiterschaft und das deutsche Volk zu inebeln trachtet, mit um so größerer Energie für die Organisation zu arbeiten.

## Letzte Nachrichten.

### Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 15. Dezember. (B. L. B.) In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer erstattete Dumont seinen Bericht über die Steuer auf automatische Feuerzeuge und beantragte deren Annahme. Finanzminister Klotz, Caillass und Verteaug, der Vorsitzende des Budgetausschusses, verlangten sofortige Abstimmung über die Vorlage, da es sich hierbei um eine Einnahme von 28 Millionen für den Staat handle. Finanzminister Klotz sagte, wenn man die automatische Feuerzeuge im freien Verkehr lasse, begünstige man die ausländische Industrie zum Schaden der französischen, die nicht das Recht habe, solche Feuerzeuge herzustellen. Caillass führte aus, wenn man die automatische Feuerzeuge unbesteuert lasse, so laufe man Gefahr, daß das staatliche Zündholzmonopol unwirksam werde. Trotz des Widerspruchs mehrerer Redner wurde die sofortige Beratung beschlossen und auf Antrag des Deputierten Flaubin die Mindeststeuer auf 2 Frank für das Stück statt der beantragten 2 1/2 Frank festgesetzt, nachdem Finanzminister Klotz und der Berichtserstatter Dumont ihre Zustimmung erklärt hatten.

Die beiden ersten Paragraphen der Vorlage wurden angenommen. Sie gestatten auf Antrag die Herstellung von automatischen Feuerzeugen. Apparate aus gewöhnlichem Metall bis zu 10 Zentimeter Länge, Breite und Stärke werden mit 2 Frank das Stück besteuert, silberne mit 5 Frank und solche aus Gold oder Platin mit 20 Frank. Die Steuer auf größere Apparate bewegt sich zwischen 5 und 40 Frank.

Die übrigen Paragraphen enthalten die Bestimmungen über die Anwendung des Gesetzes, das sodann im Ganzen mit 383 gegen 196 Stimmen angenommen wurde.

### Die Pest in Rußland.

Petersburg, 15. Dezember. (B. L. B.) In Daku ist ein Pestfall mit tödlichem Ausgang vorgekommen, ebenso in Batum. Im Gouvernement Astrachan gewinnt die Pest unter der Nomadenbevölkerung an Ausdehnung. Gestern sind neun Personen erkrankt und sechs gestorben.

### Weitere Margarinerkrankungen.

Stuttgart, 15. Dezember. (B. L. B.) In dem Dorfe Hohenthalbach, Bezirk Waiblingen, sind vier Familien nach dem Genuß von Margarinerkrankungen erkrankt.











# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III. 1939. Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. Haupt-Bureau: Hof III. Amt III. 1987.

**Sonntag, 18. Dezember,**  
vormittags 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr,  
findet die  
**Wahl von vier neuen Angestellten**  
in folgenden Lokalen statt:

- Kaczorowskis Festsäle, Havenstr. 6.
- Wernickes Festsäle, Ackerstr. 123.
- Voigt-Theater, Badstr. 55.
- Hönischs Restaurant, Wichertstr. 3.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23.
- Karsowskys Restaurant, Bernauer Straße 82.
- Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11-12.
- Lachnichts Restaurant, Maxstr. 13b.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48.
- Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.
- Berechts Festsäle, Ritterstraße 75.
- Heitmanns Festsäle, Schönleinstr. 6.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Litfins Festsäle, Memeler Str. 67.
- Bookers Festsäle, Weberstr. 17.
- Rummelsburg, Blumes Restaurant, Alt-Boxhagen 56.
- Rixdorf, Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49.
- do. Zibells Restaurant, Elbestr. 8.
- do. Rückhelms Restaurant, Bergstr. 98.
- Tempelhof, Wilhelmgarten, Berliner Str. 9.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick und Friedrichshagen, Lehmanns Restaurant, Bahnhofstraße 44 in Köpenick.
- Steglitz, Clements Restaurant, Duppelstr. 7.
- Adlershof, Restels Restaurant, Friedenstr. 14.
- Ober-Schöneweide, Warnecks Restaurant, Wilhelminenhof-Straße 18.
- Weißensee, Peukerts Restaurant, Königs-Chaussee 38.
- Pankow, Kozyckis Restaurant, Kreuzstr. 2-4.
- Spandau, Huhs Restaurant, Lindenufer 17.
- Tegel, Halfers Restaurant, Branowstr. 23.

**Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen!**  
Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.  
Wahlleiter ist der Kollege Emil Geisler, Charitéstr. 3.

Sonntag, den 18. Dezember 1910, vormittags 10 Uhr:  
**Allgemeine Versammlung**  
aller in den Geldschrankbetrieben  
beschäftigten Arbeiter  
in Frankes Festhals, Badstraße 19.  
Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zur Tarifkündigung. — 2. Branchenangelegenheiten. — 3. Verschiedenes.  
Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefasst werden sollen, ist es Pflicht aller Kollegen zu erscheinen.

Sonntag, den 18. Dezember 1910, vormittags 9 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher  
sowie Rundscheifer  
in den Musiker-Festhalsen, Kaiser Wilhelmstr. 18m (gr. Saal).  
Tages-Ordnung:  
1. Regitation von Wilhelm Spöhr: „Aus der Schatzkammer der deutschen Dichtung“ (Fest u. Humor). — 2. Branchenangelegenheiten.  
Zu dieser Versammlung sind auch die jüngeren Kollegen (Ausgelernten) mit eingeladen.  
Mitgliedsbuch legitimiert! Rauchen ist nicht gestattet!  
Für Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 10 Pf. pro Person erhoben.

Sonntag, den 18. Dezember 1910, mittags 12 Uhr:  
**Versammlung**  
aller an Schraubenautomaten u. Einzelbänken beschäftigten Einrichter  
in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.  
Tages-Ordnung:  
1. Werden die Vereinbarungen vom Juni innegehalten? — 2. Diskussion. — 3. Wahl eines Vertreters zur Agitationskommission. — 4. Verschiedenes.

**Achtung, Erwerbslose (Kranke)!**  
Der Weihnachtsfeiertage wegen findet die Auszahlung der Krankenunterstützung wie folgt statt:  
Für den 23. und 24. Dezember am Freitag, den 23. Dezember, Sonnabend, den 24. Dezember.  
Am Sonnabend, den 24. Dezember, bleibt das Bureau von 12 Uhr ab geschlossen.  
Für den 27. Dezember (3. Feiertag) wird am 27. Dezember bis 1 Uhr gezahlt. Nachmittags geschlossen.  
Für den 30. und 31. Dezember am Freitag, den 30. Dezember, für den 2. Januar 1911 am Sonnabend, den 31. Dezember (Silvester) bis 1 Uhr. Nachmittags geschlossen.  
Am Montag, den 2. Januar, bleibt das Bureau wegen Quartalsabschluss den ganzen Tag geschlossen.  
Wegen der Quartalsabrechnung werden die Mitgliedsbücher der kranken Kollegen eingezogen, und erlösen wir, bis zum 31. Dezember d. J., das jährliche Krankengeld abzugeben. Ausgeschlossen davon sind diejenigen Kollegen, welche sich in Krankenhäusern oder Heilstätten befinden und ihre Unterstützung erst nach Beendigung der Krankheit abgeben.

**Metallarbeiter-Notizkalender 1911**  
Stück 60 Pf.  
sind im Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben.  
131/3 Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.  
Saal, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosensaal):

**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
**Achtung!**  
**Lehrlingen u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!**  
Sonntagnachmittag von 3-8 Uhr abends ist der Arbeitslosensaal im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, als Versteck für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.  
Die Werkstattvertrauensleute werden gebeten, die Lehrlinge auf den Besuch des Versteckes aufmerksam zu machen.

Montag, den 19. Dezember 1910, abends 8 Uhr:  
**Generalversammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15.  
Tages-Ordnung:  
1. Wahl von zwei Bureauarbeitern. — 2. Beratung der zurückgeleiteten Anträge.  
Mitgliedsbuch u. Vertrauensmännerkarte legitimiert.

**Branche der Schirmmacher.**  
Sonnabend, den 17. Dezember 1910, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Eingang B, part., Engelufer 14/15.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Leopold über: „Aufgaben und Tätigkeit der Schirmmacher im Deutschen Holzarbeiterverband“. — 2. Branchen-Angelegenheiten. 94/18

**Weihnachts-Geschenke**

Neu! In Gesang und Orchester Allein-Vertrieb Platte 2 M. Neu!

Sprechmaschinen  
Nähmaschinen  
Fahrräder  
Waschmaschinen  
Wringmaschinen  
in allen Preislagen  
Bekn.-Platten a Stück 2 M.  
**Fahrrad-Haus „Frisch auf“**  
Walter Wittig & Co.  
Brunnenstr. 35 X Kottbuser Str. 9.

**Gesellschafts-Spiele** in allen Preislagen.  
Schach, Domino, Dame, Roulette, Poch u. Regelspiele etc.  
Moderne Spazierflöte und Tabak-Pfeifen aller Art.  
Feine Wiener Meerschaum- und Bernstein-Spitzen.  
Scheunert & Wirth, Blumenstraße 4 und 5, an der Wallner-Theater-Straße.

**AUF** Teilzahlung eventuell ohne Anzahlung  
Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Portieren, Gardinen, Laufforstoffe, Uhren, Spiegel, Bilder, Herren- und Damenkonfektion, Betten, Bettwäsche.  
**50** Pfg. wöch.  
Bitte Besuch oder Postkarte. **M. Meisels**, Kottbuser Str. 7, am Kottbuser Tor, an d. Hoehbahn.

**Uhren- und Goldwarenspezialgeschäft**  
**Auf Teilzahlung**  
bei kleiner Anzahlung gegen kleine Ratenzahlung erhalten Sie Uhren, Wecker, Freischwinger, Brillanten, Ketten, Ringe, Hochzeits- und Gelegenheits-Geschenke.  
**M. Caspary**, Turmstr. 16, Laden, Ecke Babelstraße.

Zur I. Klasse (Ziehung 13. und 14. Januar)  
**Preuss. Lotterie**  
Original-Lose 1/2 1/3 1/4 1/5 abzugeben.  
M. 40.— 20.— 10.— 5.— 142/4\*  
**A. Müller**, Kgl. Lotterie-Einnehmer, Rixdorf-Berlin S. 59, Kottbuser Damm 70-71, nahe Hermannplatz.

**Schul-Tornister**  
Rindleder, ohne Pappe, 5 M. pro Stück.  
Dokumenten-, Akten-, Noten-Mappen.  
Gegr. 1828. **C. A. Flemming**, Bouthstr. 11, am Spittelmarkt.

**Echte Nürnberger Bruchlebkuchen**  
frischbackende Kuchen, keine gewöhnliche Backwaren, Qualität und Geschmack vorzüglich. Große und mittelgroße Badler, Braune, Weiße und Pfeffer-Badler gemischt in Carton No. 1. No. 5 Pfund M. 3.50 und 10 Pfund M. 6.50. Porto und Verpackung frei. Gegen Nachnahme oder Voreinsendung.  
**Carl Gropp**, Nürnberg 34, Schweiggerstraße 31.

## Orts-Krankenkasse Weissensee.

**Bekanntmachung.**  
In Gemäßheit des § 66 der Krankenversicherungsgesetze geben wir hiermit folgendes bekannt:  
Wiederberufen sind in der am 29. November cr. stattgefundenen Generalversammlung auf eine weitere Amtsdauer von drei Jahren bis zum 31. Dezember 1913 die Herren:  
Franz Content (Arbeitsgeber), Robert Fandel (Arbeitnehmer), Albert Pfannenbäcker (Arbeitnehmer).  
Wetzender, den 10. Dezember 1910.  
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für den Gemeindegast Weisseer, 297/18 Fahrmann, Vorsitzender.

**Tischler-Verein**  
(E. H. 80.)  
Sonnabend, 17. Dezbr., abds. 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Wahl des Vorstandes für 1911.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
199/13 Der Vorstand.

**Das arbeitende Volk und die Steuern.**  
I. Teil: Allgemeine Einführung in das Steuerwesen von Dr. Karl Renner.  
Preis 50 Pf.

**Die Brandschabung des Volkes durch indirekte Steuern in Deutschland**  
von J. Karaski.  
Preis 50 Pf.

**Expedition des Vorwärts**, Berlin SW., Lindenstr. 69 (Laden).

**Selowsky-Cigaretten**

Bolero Caruso Zenith

als erstklassig anerkannt!

**ZOMAROM**

**Bouillon-Würfel**  
der beste und billigste

Nahrungsfabrik „Zomarom“ München, Promenadenstraße 6.  
Generalvertreter: Alfred Hirsch, Berlin W. 30, Hamburger Straße 45. Fernsprecher: Amt VI No. 5737.

**Pelzwaren**  
jeder Art vom einfachsten bis feinsten Genre, direkt aus der Fabrik. Einzelverkauf zu Engrospreisen.  
**F. Kalman**, Kommandantenstr. 15 I.  
Kein Laden.  
Telephon: I 3017.

**Zähne** 1,50 M.; 10 Jahre Garantie. Fast vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Zahnärztliches Institut, Potsdamer Str. 85 (Hochbahnstation). 9-7 Uhr.

**Frack** Verleih-Institut: Friedrichstr. 115/1, a. Crabb, Tor. Eig. Frack, Gehend 1,50, Gote 1,00, Weite 50 Pf.





# A. WERTHEIM

G. M. B. H.

LEIPZIGER STR. 132-137 am Leipziger Platz



ROSENTHALER STR.

Wir haben in Berlin nur diese 3 Geschäfte  
Bei Briefen ist genaue Adresse erforderlich  
Versand-Abteilung, Berlin W. 66, Leipzigerstr. 132-37

ORANIEN-STRASSE

## Lebensmittel-Angebot

### Konserven

Kaiserschoten extra . . . 1/2 Dose 1.25  
Junge Schoten extrafein 1/2 Dose 95 Pf.  
Karotten . . . . . 68 Pf., 1.00  
Haricots verts extrafein 1/2 Dose 1.25  
Gemischtes Gemüse 1/2 Dose 1.40  
französische Mischung

Gemischt. Gemüse I 1/2 Dose 95 Pf.  
Champignons 1/2 Dose 1.65, 1/2 Dose 90 Pf.  
Mirabellen . . . . . 1/2 Dose 65 Pf.  
Erdbeeren . . . . . 1/2 Dose 95 Pf.  
Aprikosen 1/2 Frucht . . . . . 1/2 Dose 1.10

### Kalifornische Früchte

Aprikosen Frucht, Dose 1.95, 1/2 Dose 1.10  
Pflirsiche Frucht, Dose 2.10, 1/2 Dose 1.10

Birnen 1/2 Frucht, 1/2 Dose 2.10, 1/2 Dose 1.10  
Dieselben Früchte in Gläsern Glas 3.00

Majonnaise 1/2 Glas 1.00 1/2 Glas 60 Pf.  
Remouladen-Sauce 60 Pf., 1.00  
Cumberland-Sauce . . . Glas 70 Pf.  
Strassb. Gänseleber-Pasteten  
Terrine . 90 Pf., 1.50, 2.30, 2.90, 3.75

Hummer 1/2 Dose 2.35  
Französ. Ölsardinen  
in verschiedenem Geschmack von  
Philippe & Canaud, Rödel & Fils frères,  
Amieux frères, Arsène Saupiquet.

### Kolonialwaren

Java-Reis . . . . . Pfd 25, 30, 36 Pf.  
Rangoon-Reis . . . . . Pfd. 16, 20 Pf.  
Weizen-Hartgries . . . . . Pfd. 20 Pf.  
Glasierte Erbsen gelb Pfd. 23 Pf.  
Victoria-Erbsen . . . . . Pfd. 17 Pf.  
Grosse Linsen . . . . . Pfd. 18 Pf.  
Mittel-Linsen . . . . . Pfd. 14 Pf.

Gem. Backobst Pfd. 38, 50, 65 Pf.  
Pflaumen . Pfd. 26, 30, 40, 45 Pf.  
Entsteinte Pflaumen . Pfd. 40 Pf.  
Kaliforn. Aprikosen Pfd. 75, 85 Pf.  
Kaliforn. Pflirsiche Pfd. 55, 65 Pf.  
Italien. Prünellen . . . . . Pfd. 75 Pf.  
Italien. Birnen . . . . . Pfd. 62, 70 Pf.

### Back-Artikel

Feinst. Budapest Mehl 26 Pf.  
Feinstes Kaiser-Auszug Mehl Pfd. 20 Pf.  
Weizenmehl 000 . . . . . Pfd. 17 Pf.  
Süsse Mandeln . . Pfd. 1.15, 1.35  
Bittere Mandeln . Pfd. 1.15, 1.35  
Sultaninen . . . . . Pfd. 68, 85 Pf.

Kaliforn. Sultaninen 58, 70 Pf.  
Korinthen . . . . . Pfd. 35 Pf.  
Rosinen . . . . . 52 Pf.  
Citronat und Orangeat Pfd. 52 Pf.  
Selbsttät. Backmehl 1/2 Kilo-Paket 28 Pf.  
Backpulver 1/2 Kilo-Paket 40 Pf. kleiner Beutel 5 Pf.

### Ananas zur Bowle und als Kompott.

### Präsentkörbe in reicher Auswahl.

### Mosel- und Saar-Weine

Ober-Mosel . . . . . 1/2 Fl. 75 Pf.  
1908 Rüdorfer . . . . . 1/2 Fl. 85 Pf.  
1908 Pommerener . . . . . 1/2 Fl. 1.10  
1909 Wiltinger . . . . . 1/2 Fl. 1.30

1907 Brauneberger . . . . . 1/2 Fl. 1.50  
1908 Zeltinger Schlossberg 1/2 Fl. 1.80  
1908 Brauneberg. Falkenbg. 1/2 Fl. 2.00  
1906 Bueser Weissenstein 1/2 Fl. 2.30

### Rote Bordeaux-Weine

1907 Bas Médoc . . . . . 90 Pf.  
1907 Chât. La France, Ponsac 1/2 Fl. 1.00  
1904 Chât. Vincent, Margaux . . 1/2 Fl. 1.20  
1905 Chât. Olivier, Léognan . . . 1/2 Fl. 1.40

1907 Chât. Léoville Poyferré,  
Saint Julien . . . . . 1/2 Fl. 1.60  
1904 Chât. Figéac, Saint-Emilion 1/2 Fl. 1.80  
1904 Chât. Palmer, Cantenac . . 1/2 Fl. 2.00  
1904 Chât. Pichon-Longueville,  
Pauillac . . . . . 1/2 Fl. 2.60

### Rhein-Weine

### Rheingauer und Rhein Hessische Weine

1907 Engelstadter . . . . . 1/2 Fl. 85 Pf.  
1907 Eckelsheimer . . . . . 1/2 Fl. 1.00  
1907 Niersteiner . . . . . 1/2 Fl. 1.20  
1907 Rüdeshheimer . . . . . 1/2 Fl. 1.30

1906 Nierstein. Scheinbügel 1/2 Fl. 1.50  
1905 Rauenthaler Wachstum: Winzerverein 1/2 Fl. 1.70  
1905 Johannisberger Hölle 1/2 Fl. 2.00  
Wachstum: Winzerverein  
1907 Rüdeshheimer Berg . . 1/2 Fl. 2.60

### Süd-Weine

Tarragona . . . . . 1/2 Fl. 80 Pf.  
Feiner alter Tarragona . . . 1/2 Fl. 1.10  
Portwein I . . . . . 1/2 Fl. 1.60  
Alter Portwein . . . . . 1/2 Fl. 2.00

Feiner alter Portwein . . . . . 1/2 Fl. 2.50  
Sherry I . . . . . 1/2 Fl. 1.60  
Alter Sherry . . . . . 1/2 Fl. 2.00  
Feiner alter Sherry . . . . . 1/2 Fl. 2.60

### Nur Leipziger Strasse: Feine Kalte Küche

Portionsweiser Verkauf, Arrangements von kalten Buffets  
sowie jeder Art kalter Platten. Schinken, nach Prager  
Art garniert, mit verschiedenen Saucen.

### Freitag:

### Sonnabend:

### Fleischwaren

Gänsebrust am Knochen Pfund 1.50, 2.00  
Gänserollbrust . . Pfund 1.50, 2.00  
Schinken Prager Art, ca. 6-10 Pfd. schwer . . . . . 1.20  
Rollschinken 7-10 Pfd. schwer, Pfd. 1.25  
Mausschinken 2-3 Pfd. schwer, Pfd. 1.20  
Lachsschinken Pariser Art . . Pfd. 1.90  
Prager Schinken 7-10 Pfund schwer tafelfertig, in Dosen zum Warmmachen . . . . . 1.40, 1.60  
Schinkenspeck in ganzen u. halben Stücken . . . . . 1.00  
Westfäl. Zervelatwurst Pfd. 1.60  
Salami- u. Zervelatwurst 1.20  
Feine Leberwurst . . . . . Pfd. 95 Pf.  
Landleberwurst . . . . . Pfd. 95 Pf.  
Rotwurst . . . . . Pfd. 50, 70 Pf.  
Kasseler Rippespeer 75, 80, 85 Pf.

### Obst

Tiroler Äpfel . . . . . Pfund 10 Pf.  
Rote Hähnchen . . . . . Pfund 10 Pf.  
Ananas . . . . . Pfund 53, 70 Pf.  
Feigen Kistchen 18 Pf. Edelobst in 10 Pfd.-Kartons

Gänse . . . . . Pfund 58, 65 Pf.  
Enten, Hühner, Fasanen zu billigen Preisen.  
Starke Hasen gestreift . . . . . 2.80

Räucherwaren  
Bücklinge . . . . . Kiste 38 Pf.  
Bücklinge . . . . . 4 Stück 10 Pf.  
Sprotten . . . . . Pfund 30 Pf.  
Sprottbücklinge . . . . . Pfund 40 Pf.

Nur Leipziger und Rosenthaler Strasse:

### Frisches Fleisch

Filet u. Roastbeef Pfd. 1.00, ausge-schält 1.40  
Schmorfleisch . . . . . Pfd. 90 Pf.  
Roulade . . . . . Pfd. 1.00  
Gulasch . . . . . Pfd. 70 Pf.  
Kamm und Brust . . Pfd. 80 Pf.  
Gehacktes . . . . . Pfd. 60 Pf.  
Schinken . Pfd. 70, geteilt 75 Pf.  
Kamm u. Schuft . . Pfund 75 Pf.  
Pökelkamm . . . . . Pfund 75 Pf.  
Eisbein (Dickbein) Pfund 70 Pf.

Rückenfett . . . . . Pfund 60 Pf.  
Lieser . . . . . Pfd. 70 Pf.  
Schweine-Kotelettes Pfd. 90 Pf.  
Hammelkeule Pfd. 75, geteilt 80 Pf.  
Dicke Rippe . . . . . Pfd. 65 Pf.  
Dünnung . . . . . Pfd. 50 Pf.  
Kalbskeule u. Nierenbraten Pfd. 1.00, geteilt 1.10  
Brust . . . . . Pfd. 90 Pf. bis 1.00  
Kamm und Bug . . . Pfd. 80 Pf.

### Käse

Schweizer Käse . . . . . Pfund 72 Pf.  
Edamer Käse . . . . . Pfund 75 Pf.  
Tilsiter Käse . . . . . Pfund 48 Pf.

### Frisches Gänsefleisch

Keulenfleisch . . . . . Pfund 80 Pf.  
Stückenfleisch . . . . . Pfund 55 Pf.  
Rümpfe . . . . . Pfund 80 Pf.  
Keulen . . . . . Stück 58 Pf.  
Gänsefett . . . . . Pfund 95 Pf.  
Hautfett . . . . . Pfund 70 Pf.  
Gänseklein mit Magen . . . . . 70 Pf.

Nur Leipziger u. Rosenthaler Str.:

### Fluss- u. Seefische

zu billigsten Preisen

Ständiger Verkauf:

### Zigaretten

Orla mit Mundstück . 100 Stück 1.00  
Franja ohne Mundst. 100 Stück 1.30  
Basma Goldmundstück 100 Stück 1.50  
Luxor Korkmundst. 100 Stück 2.00  
Aroma Goldmundst. 100 Stück 2.85

### Zigarren

in geschmackvoll ausgestatteten Kistchen.  
Zu Geschenken geeignet

Robinetta mit Ring 25 Stück 1.50  
Regenta mit Ring . . 25 Stück 2.00  
Donna Clara mit Ring 25 Stück 2.50  
Tributa mit Ring . . . 25 Stück 3.00  
Peria Real mit Ring, 25 Stück 4.50  
La Presa . . . . . 50 Stück 2.50  
Juwel . . . . . 50 Stück 3.00  
Brillant . . . . . 50 Stück 3.50  
Graciosas . . . . . 50 Stück 4.00  
Soberano . . . . . 50 Stück 5.00

Am nächsten Sonntag sind unsere Geschäftshäuser von 1 Uhr an geöffnet.



Stadtverordneten-Versammlung.

38. Sitzung vom Donnerstag, den 15. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Mischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Es erfolgt zunächst die Einführung und Verpflichtung des zum befohlenen Stadtrat gewählten bisherigen Bürgermeisters in Elbing Gauße.

Zum Bürgerdeputierten für die Armenverwaltung wird mit 63 von 84 Stimmen Geh. Sanitätsrat Dr. Stern, Potsdamer Straße Nr. 126, gewählt; 12 Stimmen fallen auf Sanitätsrat Dr. Reimann, Königsstraße 20; unbeschrieben sind 8 Zettel. Ueber die Vorlage betr. die

Organisation der Hilfschulen für schwachsinige Gemeindeforschüler

Hat Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) den Ausschussbericht erstattet. Nach den Ausschussvorschlägen sollen in eine Vorklasse, der die ein Jahr lang die unterste Klasse der Normalschule ohne Erfolg besuchenden Kinder zu überweisen sind, auch solche Kinder vor Ablauf eines Jahres zugewiesen werden, die sich nicht geeignet für den Unterricht in der Normalschule erweisen. In die Hilfschule sollen Kinder, die zweifelslos schwachsinig sind, ohne weiteres aufgenommen werden können. Die Lehrkräfte an den Hilfschulen sollen nach dem Ausschussvorschlag wöchentlich zwei Stunden weniger Pflichtunterricht zu erteilen befugt sein, um ihnen die ihnen obliegende, besonders schwere Aufgabe zu erleichtern.

Stadtv. Dr. Knauer (A. L.) tritt für den letzteren Vorschlag sehr lebhaft ein, während

Stadtv. Ulrich (A. L.) einen von fast der gesamten Fraktion gestellten Antrag empfiehlt, diesen Ausschussvorschlag abzulehnen und die Pflichtstundenzahl der ohnehin schon bevorzugten Hilfschullehrer gegenüber derjenigen der Normalschullehrer nicht zu vermindern. Nebenher bemängelt Redner, daß 25 Proz. der Lehrer, welche noch Nebenunterricht erteilen, auswärts wohnen.

Stadtschulrat Dr. Fischer bittet ebenfalls um Ablehnung des Ausschussantrages.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Auch der Stadtschulrat hat anerkannt müssen, daß die Aufgabe der Hilfschullehrer eine besonders schwere ist. Vor allem würde die Annahme des Antrags Ulrich eine Verschlechterung des für diese Lehrer bestehenden Zustandes bedeuten, denn bisher genossen sie das Vorrecht dieser Ermäßigung der Pflichtstundenzahl.

Stadtv. Manasse (Soz.): Daß die 12 000 M., die die Sache mehr kosten würde, ausfallgebend sein könnten, kann ich nicht glauben. Auch der Stadtschulrat muß als Pädagoge sich sagen, daß den Hilfschullehrern diese zwei Stunden zu geben sind. Mit den 300 M. Remuneration kann doch die ganze Sache nicht abgehandelt sein, das Maß ihres körperlichen und seelischen Müdens wird durch den schweren Dienst voll und ganz in Anspruch genommen, wo es sich um ein so schweres Menschenmaterial handelt. Man kann daher nicht auch von „nur“ 14 Kindern reden, die ihnen durchschnittlich zugewiesen werden sollen. Auch die Herren, welche außerhalb wohnen, sind nicht aus fiskalischen Gründen hinauszugehen, sondern weil eben ihre ganze Kraft bis zur Erschöpfung von ihrem besonderen Amt in Anspruch genommen wird. Ich glaube nicht, daß der Magistrat an diesem Punkte die Vorlage scheitern lassen will. Wenn die anderen Lehrer den Hilfschullehrern die zwei Stunden nicht gönnen, so kann dieser Neid des „lieben Nächsten“ auch nicht maßgebend sein.

Stadtv. Dr. Knauer beharrt dabei, daß die Erhöhung der Pflichtstundenzahl eine Ungerechtigkeit sein würde. Für diese schweren Dienst eignen sich nur die Altesten. Man solle es bei 25 wöchentlichen Pflichtstunden belassen.

Nach einer Erwiderung des Stadtv. Ulrich wird der Ausschussantrag vom Vorstand für abgelehnt erklärt.

Gegen diese Konstatierung wird aus der Versammlung Widerspruch und das Verlangen der Gegenprobe laut.

Als der Vorsitz sich geneigt zeigt, die Gegenprobe zu veranlassen, erhebt Stadtv. Cassel dagegen Protest. Der Vorsitzende bemerkt, daß es sich nur um eine Differenz von zwei Stimmen gehandelt hat, wird aber vom Bureau informiert, daß es sich um sechs Stimmen Differenz gehandelt hat. Nunmehr lehnt er die Vorname der Gegenprobe ab, obwohl die Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortschr.) und Borgmann (Soz.) es ausdrücklich beantragen und letzterer noch konstatiert, daß von einer Geflogenheit, wie sie Stadtv. Cassel behauptet, nicht die Rede sein könne.

Stadtv. Stadthagen (Soz.) verlangt zur Geschäftsordnung das Wort, wird aber von lärmenden Zurufen unterbrochen. Der Vorsitzende verweigert ihm das Wort. Stadthagen beantragt unter sich immer mehr steigendem Lärm, der Versammlung namentliche Abtötung, was der Vorsitzende ebenfalls ablehnt. Für die Ausfertigungen: Das können Sie mir doch nicht verwehren“ und „Sie müssen doch wissen, was in der Geschäftsordnung steht“, wird Stadtv. Stadthagen zweimal zur Ordnung gerufen. Der Vorsitzende erklärt, der Antrag könne nicht mehr gestellt werden. Unter fortwährendem, betäubendem Lärm setzen sich der Vorsitzende und Stadthagen noch weiter auseinander. Schließlich läßt der Vorsitzende über die Vorlage im ganzen durch Hände aufheben abstimmen; die Vorlage wird mit der vorhin beschlossenen Veränderung angenommen.

Es liegen ferner vor: 1. der Vorwurf zum Neubau einer Gemeindeforschule nebst einer Abteilung für Nebenklassen und einen Strafreinigungsdepot in der Duxerstraße nördlich der Ringbahn; 2. das spezielle Projekt zum Neubau einer Gemeindeforschule und Abteilung mit 12 Nebenklassen nebst Lehrerwohn- und Stabesamtsgebäude auf dem städtischen Grundstück Antonstraße 10-15.

Unter fortwährendem allgemeiner Erregung und Unruhe nimmt

Stadtv. Borgmann das Wort, um für die erstere Vorlage Ausschussberatung zu beantragen. Er kann sich aber zuerst absetzen nicht verständlich machen; als Stadtv. Borgmann (Soz.) ruft: „Ruhig, Cassel, Sie haben nicht das Wort!“ entsteht stürmische Heiterkeit, worauf sich allmählich etwas Ruhe einstellt. Borgmann führt aus, daß seinerzeit bei Erwerbung des Terrains in jener Stadtgegend der Hoffnung Ausdruck gegeben worden ist, dort eine Schule errichtet zu sehen, welche allen modernen Anforderungen genügt. Aber der Entwurf lasse mit Bedauern wahrnehmen, daß diese Hoffnung nicht erfüllt sei. Für das Lehrerwohngebäude und das Strafreinigungsdepot würden 1000 Quadratmeter gebraucht und von dem eigentlichen Schulgrundstück abgetrennt. 120 000 M. allein für den Grundwerb auszugeben, scheine auch nicht zweckentsprechend. Die innere Einrichtung unserer Schulen sei auch manchmal viel zu dürftig ausgestattet; darüber müsse man sich einmal gründlich aussprechen.

Nach einer Erwiderung des Magistratsbureaus Mahdorff wird der Antrag Borgmann angenommen.

Vom Stadtv. Brunsow (A. L.) ist ein Antrag betr. die Befestigung einer neuen Baufluchtlinie für die Neue Königsstraße zwischen Alexanderplatz und Ordonnanzplatz eingereicht worden. Der Antrag wird vom Antragsteller kurz begründet, vom Stadtschulrat Krause wohlwollend aufgenommen und an einen Ausschuss verwiesen.

Der Ausschuss für die Vorlage wegen Nachbewilligung von 50 000 M. für die Entsendung von Kindern in Heim, Heil- und Erholungsstätten ist nach zwei ausgedehnten Sitzungen zu folgendem Resultat gelangt:

Der Antrag Hinz, 200 000 M. entsprechend dem Antrage der Armenverwaltung an den Magistrat nachzubewilligen, ist abgelehnt worden. Der Ausschuss empfiehlt die Bewilligung von im ganzen 75 000 M. mit der Maßgabe, daß die Entsendung der Kinder zunächst in städtische Heimstätten erfolgt. Gleichzeitig soll der Magistrat ersucht werden, mit tunlichster Beschleunigung eine Vorlage zu machen für die Errichtung größerer, einfach ausgestatteter, das ganze Jahr hindurch geöffneter Wälderholungsstätten, ähnlich wie die bestehenden Heimstätten, für kranke, schwächliche sowie lungenkranke Kinder ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts.

Abgelehnt wurde im Ausschuss auch der Antrag der sozialdemokratischen Vertreter, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, zur nachträglichen Bewilligung der über den Etat 1909 hinaus in Höhe von 72 000 M. aus den Staatsmitteln für 1910 verausgabten Beträge.

Die sozialdemokratische Fraktion nimmt diesen Antrag wieder auf.

Stadtrat Münsterberg: Ich habe mit lebhaftem Bedauern festzustellen, daß 72 800 M. aus der Bewilligung für 1910 auf Ausgaben angewiesen worden sind, die von 1909 noch zu decken waren. Die Sache war für uns stets Gegenstand höchster Verlegenheit. Ein älteres Versehen des Bureau hat sich gerächt und fortgesetzt. Ich habe nicht die Absicht, mich hinter die Armenverwaltung oder das Bureau zu verstecken. Ich erkenne an, daß der Vorsitzende sich Kenntnis davon verschaffen mußte, in welchem Umfang die Mittel verbraucht waren oder nicht. Ich muß Indemnität dafür nachsuchen und muß anerkennen, daß, wenn sie nicht erteilt werden sollte, die Stadt berechtigt wäre, mich mit meinem persönlichen Vermögen in Anspruch zu nehmen. Diese für uns sehr verdrückliche Angelegenheit wird hoffentlich durch die vom Magistrat niedergesetzte Kommission endgültig geklärt werden.

Stadtv. Borgmann: Es ist anerkennenswert, daß der Leiter der Armenverwaltung diese Erklärung hier abgegeben hat. So einfach aber liegt die Sache doch nicht, schon weil es nicht das erste Mal war, daß so etwas vorgekommen ist. Unser Antrag ist im Ausschuss mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt worden. Der Kammerer meinte, die Rechnung für 1909 sei schon abgeschlossen und deshalb eine Nachbewilligung ausgeschlossen. Das kann uns nicht in geringsten ansprechen. Vor allem darf das Recht der Versammlung nicht geschmälert werden. Dem Magistrat mußten doch auch Bedenken aufstehen, daß die im Etat bewilligte Summe so rasch, in wenigen Monaten, ausgegeben werden konnte. Wir haben es unternommen zuerst für unmöglich gehalten, daß auf einen bestimmten Etatmittel die Schulden angewiesen werden, die im Jahre vorher gemacht worden sind; wir waren geradezu „geblöht“, als die Nichtigkeit der Tatsache konstatiert wurde. Im Vorjahre waren fast 175 000 M., die nachgefordert worden waren, nur 100 000 M. bewilligt worden; die 75 000 M., die nicht bewilligt wurden, sind fast genau dieselbe Summe, die jetzt fehlt, und aus dem Etat für 1910 vorweg gedeckt worden ist. Danach war dem Magistrat doch die Tatsache als solche bekannt, und da genügt es nicht, wenn der Vertreter der Armenverwaltung die Sache allein auf seine Tasche nimmt. Es wird dadurch die Schuld von dem Magistrat nicht vollständig abgenommen; der Magistrat ist uns doch in seiner Gesamtheit verantwortlich und darf sich nicht hinter den Leiter der Armenverwaltung verstecken. Der Kammerer ist die Tatsache, die dafür zu sorgen hat, daß solche Dinge nicht vorkommen können. Das Geldbewilligungsrecht der Versammlung muß unter allen Umständen gewährleistet sein.

Kammerer Dr. Steiniger: Ausgerechnet der wertvolle Kollege Borgmann als Staatswächter, das war mir noch nicht vorgekommen. Herr Borgmann stimmt doch gegen den Etat; warum ist er jetzt auf einmal so furchtbar erdittert. (Zuruf von Borgmann: Ach, ist das ein fauler Witz!) Also meine Freude ist wieder umsonst, als Bundesgenossen kann ich Herrn Borgmann nicht begrüßen. Herr Borgmann will einfach mehr Geld für diesen Zweck; er will 75 000 M. mehr für 1910, weil bereits 1909 soviel mehr ausgegeben ist. Sie haben ja den Vorteil davon schon früher gehabt. (Widerspruch und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Die materiellen Erwägungen zwingen zu ganz anderen Schlüssen. Nur Staatsrecht ist insoweit zweifellos verlehrt, als wir 1909 Verpflichtungen übernommen haben, für die kein Geld da war. Das führt aber nur dahin, daß Sie bei Prüfung der Rechnungen für 1909 energisch erklären können, Sie wollen sich das nicht gefallen lassen. Daß der Sachverhalt dem Magistrat bewußt gewesen wäre, muß ich als unzutreffend zurückweisen.

Oberbürgermeister Kirchner: Die Herren wollen die 72 800 M. für 1910 retten; damit würde sich aber der Magistratsantrag erledigen. Die Frage, wieweit der Magistrat verhaftet ist für das vorgekommene Versehen, ist eine reine Rechtsfrage, die sich im Augenblick nicht entscheiden läßt. Sind Versehen vorgekommen, so ist auch das Kollegium dafür verantwortlich. Wenn der Stadtv. Borgmann behauptet, der Magistrat habe von dem Tatbestande gewußt und ihn bei Einführung seiner Vorlage verschwiegen, so muß ich diesen sehr schweren sittlichen Vorwurf aufs allerbestimmteste zurückweisen. Der Magistrat war vollständig in gutem Glauben, als er die Vorlage machte.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): Aus der Erklärung des Oberbürgermeisters erfahren wir, daß der Dezerneer sich nicht vor Einbringung der zweiten Vorlage vergewissert hat, ob sich jene Unregelmäßigkeiten wiederholt hatten oder nicht. Danach müssen wir zum Magistrat als solchem das Vertrauen haben, daß er nun nach dem Rechten sieht, damit wir nicht wieder falsch begründete Vorlagen bekommen. Der Kammerer sollte seinerseits nicht so spöttisch über das Staatsrecht der Versammlung sich äußern. (Lebhafte Zustimmung.) Bei Vorlegung der Rechnungen müssen wir ja selbstverständlich auf die Sache zurückkommen. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Nathan tritt ebenfalls dem Stadtv. Borgmann hinsichtlich der Wahrung des Staatsrechts zur Seite und dem Kammerer entgegen. Sodann geht er ausführlich auf die Bedürfnisfrage ein und macht unter scharfer Kritik der gegenwärtigen Handhabung der Entsendung eine Reihe von Reformvorschlägen.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Der Kammerer soll sich unsere Köpfe nicht zerbrechen, wir können unsere Stellungnahme vor unseren Wählern und vor den verständigen Mitgliedern dieses Hauses (Heiterkeit; leise Mahnung des Vorsitzenden) durchaus verantworten. Der Kammerer hätte am allerwenigsten Veranlassung, uns gegenüber einen solchen Schulmeisternden Ton anzuschlagen. Nachdem der Vorsitzende der Armenverwaltung hier öffentlich pater peccavi gesagt hat, müssen wir ihn bitten, in daselbe die Armenverwaltung bei der Abweisung der Geschäfte einzuschließen und seine Beamten etwas mehr Eifer präzisieren zu lassen. Es liegen Beispiele ungläubiger Verzerrung der einzelnen Leberweissungsfälle vor. In unseren Heimstätten stehen gegenwärtig die Plätze leer; in Blankenburg sind 38, in Heinersdorf 69 Plätze, also zusammen 107 Plätze frei, während 1700 Kinder darauf warten, in die Heimstätten aufgenommen zu werden! Sind es konstitutionelle Bedenken, die den Stadtrat Münsterberg zurückhalten? Solche Bedenken würden hinsichtlich der Verfertigung der Chef der Armenverwaltung, so soll der Oberbürgermeister mit einem kräftigen Donnerwetter in die bürokratische Wirtschaft hineinfahren. (Heiterkeit, Beifall und Unruhe.) Unsere städtischen Heimstätten sind nicht bloß „bergnante Krankehäuser“, nicht bloß Erholungsstätten; sie erfreuen sich eines respektablen Ansehens; straflos, mit Lungenentzündungen im ersten Stadium befallene Kinder können dort gar nicht besser aufgehoben sein. Allerdings für Kinder mit Knochen, Drüsen, Gelenktuberkulose

sind unsere Heimstätten nicht geschaffen; dafür brauchen wir sanatorienartige Heimstätten, die wir noch nicht haben, und so lange wir sie noch nicht haben, können wir Hohenlychen und Leiden noch nicht, vielmehr herrscht eine bedauerliche Zersplitterung. Ausschuss ergehenden Einwände sind nicht stichhaltig. Eine übersichtliche Organisation besteht auf dem Gebiete der Kinderfürsorge leider noch nicht vielmehr herrscht eine bedauerliche Zersplitterung vor; eine methodische Organisation würde auch die planlose Verwendung der Gelder hintanhalten. Dieser Gesichtspunkt steht auch mit der Frage der Schaffung der Stellung eines städtischen Obermedizinalrats in Zusammenhang. Nehmen Sie unseren Antrag an!

Stadtv. Cassel: Wir sind für diesen Antrag nicht zu haben. Wir würden eine solche Nachbewilligung machen müssen, wenn sie nötig wäre; da aber der Ausschuss über die Magistratsforderung von 50 000 M. mit 25 000 M. hinausgegangen ist, sehen wir keine Veranlassung ein, noch neue 72 800 M. zu bewilligen. Die besprochenen Vorgänge haben uns in großes Ersäunen und in Enttäuschung versetzt; wir können uns da dem Kollegen Mommsen nur anschließen. Die lokale Erklärung des Stadtrats Münsterberg ist für uns nicht besonders erheblich, denn das nehmen wir an, daß er geglaubt hat, daß die Mittel aufgewendet werden mußten. Die Gefahr eines Regressanspruches ist also nicht vorhanden. Nach den lokalen Erklärungen des Oberbürgermeisters kann ich auch dem Magistrat keinen Vorwurf machen. Das Versehen des Vorsitzenden der Armenverwaltung müssen wir sehr stark bemängeln. Wir müssen verlangen, daß der Etat so behandelt wird, wie er aufgestellt ist; wir müssen vermeiden, daß der Vorwurf erhoben werden kann, daß eine uns gemachte Vorlage falsche Angaben enthält. Wir hätten ein solches Vorkommnis, das das auf einen wenig schönen Eindruck machen muß, in der Tat nicht für möglich gehalten.

Oberbürgermeister Kirchner: Eine Magistratskommission ist mit der Regelung der Sache beauftragt; sie wird auch die von den Kollegen Nathan und Wehl geltend gemachten Gesichtspunkte zu erwägen haben. Eine gewisse Beschleunigung wird einzutreten haben. Die Armenverwaltung geht von der Meinung aus, daß sie die Verpflegung nicht einleiten kann, solange ihr keine Mittel zur Verfügung stehen; das wird aber geschehen, wenn Sie heute die besprochenen Mittel bewilligen, und jede tunliche Beschleunigung soll Platz greifen. Gewisse Grundfälle für die Entsendung in die Seehospize usw. und in unsere Heimstätten werden aufzustellen sein. Zur Verhütung erkläre ich, daß es uns völlig fernliegt, gegen Hohenlychen und die Seehospize irgendein Vorurteil zu hegen; es wäre geradezu eine Torheit, wenn man diese aus der Privatwohlthätigkeit geschaffenen ausgezeichneten Einrichtungen beiseite schiebt. Die Ausschussanträge liegen ja in derselben Richtung, indem sie den Betrag erhöhen und die Entsendung nur „tunlichst“ in die städtischen Heimstätten zu verlagern vorschlagen. Ich werde mich bemühen, für möglichst schnelles Arbeiten in der Kommission zu sorgen. (Beifall.)

Stadtv. Rejzenow (A. L.) spricht sich für die Ausschussanträge aus und erkennt die lokale Haltung des Oberbürgermeisters an. Den Antrag Borgmann könne die Fraktion nicht annehmen, obwohl ja manches für ihn spreche; einzuweisen werde man mit den 75 000 M. ankommen. Die Wiederholung des Staatsrechts der Versammlung müsse aufs schärfste gerügt und die Haltung des Kammerers als ganz ungehörig bezeichnet werden. Wie komme er zu Anspielungen auf die politische Stellung? Man habe ja auch ihn nicht auf seine politische Richtung näher untersucht. Der heutige Tag sei in der Berliner Stadtverwaltung kein Ruhmesblatt.

Stadtv. Borgmann: Wir haben eine gute Meinung von der Verwaltung gehabt, wir haben einen solchen Vorgang zuerst für unmöglich gehalten. Trotzdem kommt der Kammerer daher und versucht diesen Standpunkt zu verwirklichen. Er spricht wie ein neugeborenes Kind (Heiterkeit). Muß ich ihn daran erinnern, wie wir Jahrzehnte lang, schon lange vor ihm im Staatsauschuss in erstklassiger Weise mitgearbeitet haben? Im Rechnungsanschuss erhalten meine Freunde ebenfalls eifrige Tätigkeit; diesmal geht hier der Kammerer mit unseren Freunden zusammen und hat sogar von ihnen Belehrungen entgegengenommen (Heiterkeit). Um so weniger hat er ein Recht, sich mit der Argumentation hören zu lassen, daß wir den Etat ablehnen. Die Absicht, die Sache damit auf ein anderes Gebiet hinüberzuspielen, ist ihm daneben gelungen, und die Zurechtweisungen, die er sich geholt hat, hat er redlich verdient. Der Kammerer wollte mich auch ins Unrecht setzen, indem er ausführte, wir hätten eigentlich schon früher Gelegenheit gehabt, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen, nicht erst in der letzten Ausschusssitzung. Auch dieser Vorwurf ist unberechtigt und nur erhoben worden, weil ein besserer nicht zu erheben war. Dem Oberbürgermeister erwidere ich, daß unser

Entscheidungsunzweideutig zum Ausdruck

kommen muß; darauf läuft unser Antrag in erster Linie hinaus, und wenn das die Nebenwirkung hat, daß uns auch die Summe aus 1909 zur Verfügung steht, so ist das durchaus erfreulich, wie wir ja denn auch unseren früheren Antrag wegen der 200 000 M. nicht mehr eingebracht haben, sondern eventuell uns mit den 75 000 + 72 800 M. begnügen wollen. Eine Schwierigkeit, diese 72 800 M. auszubringen, kann ich angesichts des Staatsüberschusses aus 1909 nicht entdecken; es wäre ja merkwürdig, wenn wir uns mit einem Ueberschuß von 6 bis 8 Millionen brüsten, und in Wirklichkeit nicht einmal die Schulden des Etats von 1909 bezahlt sind.

Der Magistrat ist, nachdem er von dem Chef der Armenverwaltung eine solche Erklärung erhalten hat, eigentlich aus seiner Verbindlichkeit heraus; dennoch bleibt es ungläublich, daß ein solches Verfahren eingeschlagen werden konnte. Der Kammerer hat sich lediglich in die Kasse gesetzt; eine Probe, die ich ihm von Herzen gönne! (Heiterkeit und Beifall.)

Stadtv. Sachs (A. L.): Die „Nebenwirkung“ des Antrags Borgmann kommt doch sehr deutlich zum Vorschein, indem er auf den Ueberschuß aus 1909 verweist. Das zu prüfen wird Zeit sein, wenn uns die Rechnungen vorliegen. In der Rechnung des Kollegen Dr. Wehl steht ein Irrtum, die Zahl der Kinder, um die es sich hier handelt, ist lange nicht so groß; er übersteht die vielfachen Prolongationen. Der Fragebogen sollte einmal gründlich geprüft und revidiert werden; es genügt nicht, daß der Arzt die Entsendung für notwendig erklärt, sondern es muß gefragt werden, ob das Leben des Kindes in Gefahr ist, wenn es nicht entsendet wird. Damit schließt die Beratung. Es ist beantragt, noch heute eine dritte Lesung vorzunehmen.

Der Antrag Borgmann wird abgelehnt, die Ausschussanträge angenommen.

Darauf erhält zur Begründung des Antrags auf Vornahme einer dritten Lesung das Wort

Stadtv. Stadthagen: Wenn man einen solchen Antrag stellen will, muß man das Wort zur Geschäftsordnung stellen. Ich habe vorhin von meinem Recht leider nicht Gebrauch machen können, weil der Vorsitzende erklärte, er gebe mir das Wort zur Geschäftsordnung nicht, obwohl es sich um eine zweifelhafte Abstimmung handelte. Ich mußte diesen Antrag stellen für den Fall, daß der Ausschussantrag nicht angenommen werden würde. Da dies nicht geschehen ist, so unserer Freude der Ausschussantrag vielmehr angenommen worden ist, ziehe ich den Antrag zurück. (Große Heiterkeit.)

Der für den Verkauf des städtischen Scheunenviertelgeländes eingefasste Ausschuss beantragt, ihn zu ermächtigen, auch anderweit, nachträglich eingegangene Angebote, so die Ueberlassung im Erbbaurecht für 5 Millionen, in Beratung zu nehmen.

Nach kurzer Berichterstattung durch den Referenten Stadtv. Gronwald (A. L.) wird die Ermächtigung erteilt.

Um 1/10 Uhr wird die Sitzung abgebrochen.



# Aus der Frauenbewegung.

## Der Hunger nach weiblicher Arbeitskraft.

Kaſt jede Erhebung über die Zahl der beſchäftigten Arbeitskräfte in der Induſtrie zeigt eine Zunahme des weiblichen Geſchlechts an der Geſamtbelegſchaft. Obwohl das Jahr 1900 teiſweise noch ſtark im Zeichen der Depression und des Mangels an Beſchäftigung ſtand, hat die Zahl der beſchäftigten weiblichen Perſonen in einzelnen Berufen doch ſtark zugenommen. Im Vergleich mit dem Vorjahre ergeben ſich folgende Geſamtziffern. Es wurden Fabrikarbeiterinnen gezählt:

	1903	1910
Kinder unter 14 Jahren . . . .	5 885	5 376
Mädchen von 14—16 Jahren . . .	150 685	156 263
Arbeiterinnen über 16 Jahre alt . .	1 150 083	1 190 241
Insgesamt . . . . .	1 806 653	1 851 880

Die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte iſt demnach um 45 804 gleich 3,5 Proz. geſtiegen. Bemerkenswert iſt ferner, daß auch die weiblichen Jugendlichen ihre Quote an der Geſamtbelegſchaft ſteigern, während die männlichen Jugendlichen darin zurückbleiben. Wie aus der Aufſtellung hervorgeht, iſt die Zahl der weiblichen Kinder in den Fabriken um 7 geſunken, bei den männlichen Kindern ergibt ſich aber ein Rückgang von 6077 auf 6169 oder um 508 Köpfe; und während die Zahl der weiblichen Jugendlichen im Alter von 14—16 Jahren um 5605 oder 3,7 Proz. zunahm, ſtieß die der

männlichen Jugendlichen nur von 296 274 auf 298 446, ſie hat ſich alſo faſt gar nicht verändert. Die Domäne der Frauenarbeit iſt das Textilgewerbe, in dem die Zahl der weiblichen Beſchäftigten ſogar die der männlichen überſteigt. Im Jahre 1900 waren nicht weniger als 412 089 erwachſene und 62 304 jugendliche weibliche Arbeiter, alſo über ein Drittel aller weiblichen Beſchäftigten überhaupt tätig. Auch im Bekleidungs- und Reinigungsge-  
werbe bilden die weiblichen Beſchäftigten die Mehrheit; ihre Zahl war hier 283 452, was etwa einem Fünftel aller Fabrikarbeiterinnen entspricht. Weitere 190 081 Frauen und Mädchen ſind in der Induſtrie der Nahrungs- und Genuſsmittelbranche beſchäftigt. Die übrigen Gewerbegruppen weiſen verhältnismäßig kleinere Ziffern auf. Es kommen auf die Metallverarbeitung 73 925, auf die Induſtrie der Steine und Erden 73 068, auf die Papierinduſtrie 64 868 und auf die Induſtrie der Maſchinen, Werkzeuge und Inſtrumente 53 214 weibliche Beſchäftigte. Selbſt im Bergbau- und Hüttenweſen, dem vielleicht für die Frau wenigſt geeigneten Gewerbe, ſind immer noch 18 145 weibliche Arbeiter tätig. Die wenigſten Frauen, nämlich nur 490 inkl. der Jugendlichen, ſind im Baugewerbe beſchäftigt.

Der Hunger nach weiblicher Arbeitskraft alſo das billigere Ausbeutungsobjekt ſteigt anſcheinend mit dem Erſtarren der Gewerkschaften. Daraus erwächſt dieſen das Problem des Grundſatzes der gleichen Entlohnung für gleiche Arbeit praktiſch durchzuführen. Das eine iſt ſicher — und das müßten die Arbeiterinnen beherzigen —, ohne Anſchluß an die zuſtändige Organizaſion können ſie

nicht erreichen. Unorganisiert fördern ſie ihre eigene und die Ausbeutung ihrer Berufsgenoffen, unterſtützen ſie die Beſtrebung des profithungrigen Kapitals.

Logierhäuſer für Frauen. Ueber „Die Notwendigkeit der Errichtung von Logierhäuſern für Frauen“ ſprach B. W. Radereth in London. Der Redner erklärte, daß ehrbare Frauen, weil ſie kein anſtändiges Unterkommen finden, ſich lieber in das Hampstead-Feberhoſpital begeben und die Gefahr der Anſteckung auf ſich nehmen, alſo ſich in einem der gewöhnlichen Logierhäuſer zu begeben. Andere laſſen ſich auf einer Poſteiwache eine Zelle anweiſen. Er erzählte von einem Geſtalt, der 69 Logierhäuſer habe, worin nur ein einziges Bett für eine anſtändige Frau brauchbar ſei. Die Frauen in den gewöhnlichen Logierhäuſern haben alle ihre Kleider gemeinſam. Ihr Leben iſt das der größten Gemeinſchaftlichkeit, das heute in England beſteht.

Die vom Londoner Graſchaftsrat eingerichteten Unterluſtshäuſer würden nach 10.45 abends nicht mehr konſtruiert. Nur ein einziges großes Heim für ehrbare Frauen, das von einer Privatſtiftung (Shaftesbury Inſtitute) unterhalten werde, ſei vorhanden. Noch ſchlimmer ſei es vielfach in den Provinzialſtädten. So gebe es in Nottingham 31 Schlafhäuſer für Männer, 31 für beide Geſchlechter, für Frauen allein keines. — Zur Abhilfe forderte der Sekretär der Vereinigung für Frauen-Logierhäuſer die Schaffung eines großen Gemeindegewerks „Morton-Hauſes“ für Frauen und die Unterhaltung zahlreicher kleinerer Heime durch Vereinstätigkeit. — So in der reichſten Stadt der Welt!

# Theater und Vergnügungen

Freitag, den 16. Dezember:  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Königl. Opernhaus.** Die Kelter-  
hauer von Nürnberg. (Anfang  
7 Uhr.)

**Königl. Schauspielhaus.** Der  
Stampos.

**Neues Königl. Oper-Theater.**  
Deutsches Sarrurin.

**Kammerſpiele.** Caman. (An-  
fang 8 Uhr.)

**Verkauf.** Der ſcharfe Junker.  
Veſting. Wenn der junge Wein  
blüht.

**Neues Schauspielhaus.** Wann  
kommſt du wieder?

**Komiſche Oper.** Hoffmanns Er-  
zählungen.

**Wetken.** Das Puppenmüdel.  
Kleines. Verſtiegene Frauenzimmer.  
1. Akte.

**Neues.** Der G. m. h. Tenor.  
Trianon. Der heilige Gaiin.

**Residenz.** Der Unterpräſekt.  
Dalla. Polniſche Biſchofs-  
ſchiller u. Sarrurin. (Theater.)  
Sodom's Ende.

**Sch u.** Charlottenburg. Die  
Nacht der Finſternis.

**Friedrich.** Wilhelmſtädtiſches.  
Hoffgunst.

**Neues Operetten.** Der Graf von  
Luzernburg.

**Lustspielhaus.** Der Feldherrn-  
hügel.

**Lilien.** Müdides Reife nach Indien.  
Modernes. Der Doppelmeſch.

**Herrnfeld.** Eine verlorene Nacht.  
Der Derbſieger.

**Volkſoper.** Der Freſchütz. (An-  
fang 8 1/2 Uhr.)

**Wolke.** Die Anna-Liſe.  
Folies Caprice. Der Feldweibel-  
hügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Metropol.** Hurra — Wir leben  
noch!

**Kaffee.** Julie Wippchen.  
Uv-u. Spezialitäten.

**Voigt.** Die Barbaren.  
V-u-g. Spezialitäten.

**Reichshallen.** Steirer Sönger.  
Wintergarten. Spezialitäten.

**Walhalla.** Bravo! Bravo! (An-  
fang 8 1/2 Uhr.)

**Sandſpiel.** So müd' gemacht.  
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

**Karl Haverland.** Spezialitäten.  
Urania. Taubenſtraße 48/49.

**Abends 8 Uhr:** Profefſor v. Heſſe-  
Wartegg: Städte und Länder  
der Kronprinzenreiſe.

**Abend 6 Uhr:** Vortrag vom  
Stiftungs-Jahrs der Berliner  
Gewerbeausſtellung 1879.

**Sternwarte.** Inwaldenſtr. 57—62.  
Lessing-Theater.

**8 Uhr:** Wenn der junge Wein  
blüht.

**Abends 8 Uhr:** Anatol.  
Sonntag 8 Uhr: Anatol.

**Berliner Theater.**  
Gente: Der ſcharfe Junker. 8 Uhr.  
Morgen: Der Taktſman.

**Neues Theater.**  
Täglich:  
Der G. m. h. Tenor.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Das Puppenmüdel.  
Ritro. u. Sonab. 4 Uhr: Rotkäppchen.  
Sonnt. 8 1/2 Uhr: Die geſchiedene Frau.

**Modernes Theater**  
(früher Hebbeltheater).  
Abends 8 Uhr:  
Doppelmeſch.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
Der Feldherrnhügel.

**Friedrich-Wilhelmſtädtiſches  
Schauspielhaus.**  
Freitag, 16. Dezember, abends 8 Uhr:  
Hoffgunst.  
Sonabend nachm. 8 1/2 Uhr: Die  
Hermannſchlacht.  
Sonntag nachm. 8 Uhr: Janſ.  
8 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Geheimrat Prof. v. Heſſe-Wartegg  
Städte und Länder der  
Kronprinzenreiſe.

Hörſaal 6 Uhr:  
Vortrag vom Stiftungsfonds der  
Berliner Gewerbeausſtellung 1879.

**Kaiser-Panorama.**  
4. Reife am ſchönen Rhein.  
Besuch v. Berchtesgaden,  
Salzbergwerk-Königssee.  
Eine Reife 20 U. Kind nur 10 U.  
Abonnem. 1 M. Kauf. Abonnenten.

**Berliner Volkſoper**  
Telle-Blancſtraße 7/8. — 1/2, 9 Uhr:  
Der Freſchütz.

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
Der Unterpräſekt.

**Der Unterpräſekt.**  
Schwan in 3 Akten v. Leon Gandillot.  
Morgen und folgende Tage: Der  
Unterpräſekt.

**Luisen-Theater.**  
Premiere! Premiere!  
Müdides Reife nach Indien.

Großes romantiſch-phantatiſches An-  
ſtaltungsſtück mit Geſang und große  
Ballettſzenen in 11 Bildern von  
Frederic Ernt Wiſchell. Ruſt von  
H. Leſevre.  
Sonabend nachm. 4 Uhr: Jberg  
Rafe. Abends 8 Uhr: Der Regiſtrator  
auf Reifen.  
Sonntag nachm. 8 Uhr: Pregioſa.  
8 Uhr: Müdides Reife nach Indien.  
Montag: Reineinſtudierung: Hamlet.

**Metropol-Theater.**  
Hurra!  
Wir leben noch!

Große Anſtaltungsſzene in 7 Bildern  
v. H. Freund. Ruſt v. H. Holländer.  
In Szene geſetzt von Dir. H. Schulz.  
Anfang 8 Uhr — Rauchen geſtatet.

**Apollo  
Theater**  
8 1/2 Uhr:  
10 neue große Attraktionen 10  
9 Uhr:

**Bellini**  
das telepathiſche Phänomen.  
Eiſe Terry. Operetten. Dwa zu  
Werde u. a. m.

**WINTERGARTEN**  
Liane d'Eve  
Excentrique française  
in ihrem Transformationsakt:  
Vor und hinter den Kulissen

**Mlle. Denabers  
Luftballonsfahrt**  
über den Köpfen des Publikums,  
und eine Auslöſe der  
anerkanntesten Kunſtkräfte  
dreier Weltteile.  
Ranchen geſtatet!

**Herrnfeld  
Theater**  
Der größte Schläger  
der Theater-Saison 1910.  
Eine verlorene Nacht,  
mit den Autoren in den Hauptrollen.  
Vorher: Der Derby-Sieger. Anf. 8 Uhr.  
für die drei Weib-  
nachſchlechte u.  
Billetts vorverkauft,  
ſind ſchon zu haben

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Sallner-Theat).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Sodom's Ende.  
Drama in 5 Akten v. S. Sudermann.  
Ende 11 Uhr.

Sonabend, abends 8 Uhr:  
Die Kreuzſchreiber.  
Sonntag, nachm. 8 Uhr:  
Die Ehre.

Sonntag, abends 8 Uhr:  
Prinz Friedrich von Homburg.

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Die Nacht der Finſternis.  
Schauspiel in 5 Akten von Leo N.  
Lolſtel. Ueberſetzt von H. Löwenfeld.  
Ende 10 1/2 Uhr.

Sonabend, abends 8 Uhr:  
Der Bund der Jugend.  
Sonntag, nachm. 8 Uhr:  
Egmont.

Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Nacht der Finſternis.

**„CLOU“**  
BERLINER KONZERTHAUS  
Mauerſtr. 52. Zimmer. 90-91  
Eintritt 50 Pf.  
Heute 8 Uhr:  
**Großes Konzert!**  
Wochentäglich nachmittags 4—7 Uhr:  
**Promenaden-Konzert.**  
Alle Sonn- und  
Feſttag

**Licht-Spiele**  
Mozart-Saal — Nollendorfsplatz.  
Beginn 6 Uhr.  
**Josef Giampietro.**  
Hoffjagd in Springe.  
Vorverkauf für den Silveſterball  
Beginn am 20. Dezember.

**Sport-Palast**  
Potsdamer Straße 70-72a  
**Größter Eispalast der Welt**  
Beleuchtet durch 500 000 Normalkerzen  
Feerie „Am Nordpol“ □ 200 Eislauf-Künſtler  
Zwei Militär- und Zivil-Kapellen  
Restaurant für 6000 Perſonen  
Entree 1 M. Unterricht im Eislauf von 11—1 Uhr. Vorm. Konzert  
Sonntag 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung  
Jeden Montag, 9 Uhr abends:  
Großes Inſtrumental- und Vokal-Konzert, ohne Entree-Auſchlag.  
Montag, den 19. Dezember:  
Wiederholung der Eröffnungsfeler des Sport-Palastes  
unter Mitwirkung des  
**Kosleckschen Bläſerbundes.**  
Entree 1,50 M.  
Für dieſen Abend, von 7 Uhr ab, ſind alle anderen  
Karten des Sport-Palastes aufgehoben.

**Excelsior Lichtspielhaus**  
Rixdori, Bergſtr. 151/152.  
Heute:  
**Vollständig neues Programm.**  
Anfang 6 Uhr.

**Burgtheater-**  
Feſtſäle und Kineſmatograph  
norm. Groterjan. Inhab.: Rud. Herz,  
Schöndorfer Allee 129. Tel. 8. 9353.  
Lebende Photographen.  
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.  
Anf. 7 U. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,  
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen  
Plätzen. Zwei wechſl. Programm.

**Theater „Groß-Berlin“.**  
Freitag Artuſhof, Moabit.  
8 1/2 Uhr:  
Muttermorgen  
oder: Die Berle von Savoyen.  
Entree 30—100 Pf., auf Vorzugskart.  
90—60 Pf.  
Sonabend Weihenſee: Benefiz  
für Käthe Reich: Die Blumentate.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Sonabend, den 17. Dezember,  
nachm. 4 Uhr:  
Große Kinder-Vorstellung.  
Aſchenbrödel  
oder: Der gläserne Pantoffel.  
Nach der Vorſtellung:  
Große Gratidverloſung.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Der heilige Gaiin.

## Zirkus A. Schumann.

Freitag, 16. Dez., präſte 8 Uhr:  
Keine Zirkus-Vorſtellung  
ſondern  
Kafführung des Deutſch-Theaters:  
**König Oedipus**  
von Sophokles.

Sonabend, den 17. Dezember,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Grand Solrèe high life.  
Auftreten ſämtl. neuen  
Attraktionen.

9 1/2 Uhr:  
**Der große Coup**  
der  
**Schmuggler.**  
Romantiſche Pantomime in  
4 Akten.

**Theater Sanssouci**  
Bahnhofſtraße 10  
8 1/2 Uhr: Gaſpiel Fedia de Färard:  
**Die ſchönſte Frau  
von New York.**  
9 1/2 Uhr:  
Im blauen Licht.  
So wird's gemacht!

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Hedi Herdina.**  
Norman French.  
Und das  
große Dezember-Programm!!

**Passage-Panoptikum:**  
Der bearnaliſche  
**Riese**  
Dussore!  
Ist 110 mm größer als  
Machnow  
lebend zu ſehen!  
Ohne Extra-Eintree!

**Folies Caprice.**  
Der Feldweibelhügel  
von Hengſter und Soda Soda  
Neuer dunter Teil.  
Hotel zur Jungfrau.  
Tajriſtenpoſte von Satyr.

**Casino-Theater**  
Lothringſtr. 37. Täglich 8 Uhr.  
Das Original Berliner Volkſpiel  
**Julie Wippchen.**  
Urbekannter Humor!  
Urbekannter Typen!  
Im Stille der ehem. Sallner-Bühne.  
Vorher erſtaunlicher dunter Teil.  
Sonntag 8 1/2 Uhr: Weihnachten.

**Karl Haverland-**  
Theater. Kommandanten-  
platz 7 1/2, u. Straße 77/79.  
**Nante Pohlmann**  
mit ganz neuem Repertoire und  
der  
**Schields, uromiſche.**

## Zirkus Busch.

Freitag, den 16. Dez., ab. 7 1/2 Uhr:  
Großer Gala-Abend.  
Zum 100. Male:  
**Venezia!**

Gr. Original-Manegeſchau-  
ſtück des Zirkus Busch. Be-  
ſonders hervorzuheben: Das  
Balliett unter Waſſer! Großer  
Illuſionsakt d. ſingenden Meer-  
jungfrauen. Colini-Clairon-Truppe  
akrobatiſche Tänze.

Vorher Herr Direktor Pierre  
Althoff und Frau Direktor Adele  
Althoff mit ihr. exzellentesten  
Freiheitsdramaturgen.  
Fri. Elizabeth v. Dynar, Schuir.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 182.  
Anf. 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
**Die Anna-Liſe.**  
Hiſtoriſch. Luſtſp. in 5 Akten v. Derſch.  
Sonabend nachm.: Goldhähnchen  
Stimmelfahrt. ab. Der Kaiſer-  
jäger. Sonntag nachm. 3 Uhr: Im  
Jaubertanbe Rätegahis. Abends  
8 Uhr: Der Wäſker u. ſein Kind.

**Voigt-Theater**  
Gelandbrunnen, Badſtraße 58.  
Freitag, den 16. Dezember 1910:  
**Die Barbaren**  
oder: Weihnachts in Feindeſland.  
Luſtſpiel in 4 Akten v. G. Stoblyer.  
Raſſeaufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Walhalla-Theater.**  
Königsplatz. (Ehemalig. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerneuſtes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Wermutſ-Revue in 5 Akten  
In Szene geſetzt v. Dir. A. Klein  
verb. m. neuen Coupletts, Ein-  
lagen u. Entlohnungen u. a.

**Theater des Weddings**  
Müllerſtr. 182/183 — Sallerſtr. 35.  
Täglich vor außerordentlichem Gaſte:  
**Abgründe**  
Drama in zwei Akten von Urban Gad.  
Außerdem das neue großartige  
Programm.

**Königſtadt-Kasino.**  
Polgmarktſtr. 72. Ute Alexanderſtraße.  
Täglich: Wenn die gold'ne  
Weihnacht naht! Beſpiel  
mit Geſang, ſowie Extra-Preſent-  
itäten: Jan Rodolf, Dieboldſpieler,  
Les two Claires, Gymnaſtiker uſw.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.  
Feiertags 8 1/2 Uhr.

**Bosporus**  
am Moritzplatz.  
Das Variete-Konsum-System nur  
an Wochentagen gültig.  
Entree frei. Sie löſen nur ein  
Programm pro Perſon 30 Pf.,  
damit haben Sie 1 Glas Bier  
bezahlt.  
8 Uhr: Das neue  
Weihnachts-Variete- Progr.  
11—1 Künſtler-Konzert.

**Reichshallen-Theater.**  
Steirer Sönger.  
Weihnachts-Programm!  
„Bei Vater'n“  
Weihnachtsbild v. Weſſel.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr  
Sonntags  
7 Uhr.





# Adreßbuch

für  
Berlin und seine Vororte

# 1911

ist  
**heute erschienen**

und wird in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“,  
SW. 68, Zimmerstr. 36-41 zu den bekannten Preisen ausgegeben.

August Scherl.



Das beste u. liebste Geschenk  
sind jeder Dame einige  
**Straußfedern.**

Ich habe 1200 Sorten voll am Lager  
und verkaufe solche  
40 cm lang, 10-15 cm breit für  
1 R., 42 cm lang 2 R., 45 cm 3 R.,  
15-20 cm breit, 35 cm lang 2 R.,  
4 R., 5 R., 50 cm lang 6 R., 8 R.,  
10 R. je nach Sortierung.

**Ausgesucht  
prima Federn**

Federn 50 cm lang, 20-25 cm breit  
12, 15, 18, 25 R., 60 cm lang, 25 bis  
30 cm breit 30, 36, 42, 48 R., 75 cm  
lang 75 R., 100 cm 100 R.

Von den kurzen Federn in roten, weiß  
u. Zilien gemacht, solche kosten 3 m  
lang 5 R., 8,50 R., 12 R., 24, m  
lang 17 R., 31 R., 52 R. bis 120 R.

Sorten: schwarz, weiß, braun, nerg-  
und Kistlerfarbig.

Abfallfedern auf Tappenzügel  
50 gr 50 R.

ff. echte Reiherbüchel bis 150 R.  
Mit 2000 Sorten zurückgegebene Gut-  
blumen u. Blätter 50 R. fortgesetzt  
5 R., Japanseiden u. andere Vögel-  
blumen per Dtz. 1,20 R., ff. Gold-  
blumen, Gold- und Silberrosen  
Stück 3 R. etc.

Verf. keiner Vollen- u. Rodnähre  
ff. Straußfedern geg. Nel. u. Porz-  
ellan auch zur Wahl. ff. Preisliste  
auch über Balmen, Früchte, Stroß-  
und Kranzblumen usw. frei.

**Manufaktur künstlicher Blumen  
und Straußfederhandlung**

**Hermann Hesse,**

Dresden, Schöffelstraße  
10/12,

Leistungsfähiges Weltgeschäft  
dieser Branche.

Offertiere in frischer, nur schöner Ware:  
**Nur ein Preis!**

Fette Gänse 0,65

8-14 Pfund schwer.

Nur allererste Qualität  
Gänserümpfe, 1/2 Gänse.

Fette Suppenhühner, jgg. Brathühner,  
F. Wegner, 80., Mariannenstr. 34.

## Achtung! Zigarrenhändler!!

Einfache, elegante, sowie originelle 1816L\*

## Zigarren-Weihnachtspackungen

ferner: 1/20 u. 1/40 in allen Sorten u. Preislagen.

**Max Ziegenhals,** BERLIN NO. 49, 70 Neue Königstraße 70

Telephon: Amt VII. 3047.  
Tabak - Zigarren - Zigaretten - en gros.

## Proletarische Eltern!

Gedenkt bei Euren Weihnachtseinkäufen der  
organisierten Thüringer Heimarbeiter. 247/11\*

## Ausstellung und Verkauf

von  
**Sonneberger Spielwaren u. Glas-Christbaum schmuck**

im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 14/15, im Vestibül und Saal 5 von  
Sonntag, den 11. Dezember ab täglich von nachmittags 3 Uhr an.

Einige Berliner Parteigenossinnen und Genossen haben den Vertrieb, der  
ohne Zwischenhandel stattfindet, übernommen und laden zu Besichtigung und  
Kauf freundlichst ein. **Niederlage: Strelitzer Straße 32.**

Besonders empfehlenswerte Einkaufsquelle für Vereine zu Festbesicherungen  
und Verlosungen.

## Ohne jede Anzahlung

verkaufe  
ich **Pianos**  
erstklassiges Fabrikat  
(9mal prämiert Staats-  
medaille) in allen Holz-  
und Stularten von  
wunderbarer Tonfülle.  
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,  
ohne jeden Preisaufschlag. 130/4\*  
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.  
**Conrad Krause Nachf.,** Berlin, Ansbacher Str. 1  
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 19110.

Auch Sonntags geöffnet.

## Vereinszimmer,

gemüßlich, Saal zu Hochzeiten, Fest-  
lichkeiten noch einige Tage frei  
**Neue Königstr. 7.**

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Hautleiden.  
Prinzenstr. 41, sieht am  
19-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

## 10 Mark

monatliche Teilzahlung, liefert elegante  
Herrengarderobe nach Maß  
**J. Tomporowski,** Schneidermeister,  
(Stilige Preise.) Rasse 10%, Rabatt.  
Auch engl. Damenstoffe u. Paletots.

## Photographie - Albums

auch mit Musik.

## Sammelmappen und Kästen.

Gegr. **C. A. Flemming,** Benthstr. 11,  
1828. am Spittelmarkt.

## Arbeiter=

Bekleidung - Berufskleidung.

Größtes Spezialgeschäft.

**Kohnen & Jöring,** Haupt-  
geschäft **Alexanderstr. 12.**  
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 66.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

**Möbel** Sie sparen Geld! Wenn  
Sie direkt zu Engrospreisen  
in der Möbelfabrik

**H. Walter Inh.: Willi Maaß,** Brunnenstr. 35  
kein Laden  
Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur  
eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

## „Silesia-Bad“

11242\* Schlesische Str. 31

Alle Arten medizinische Bäder.

Lieferant aller Kassen.

## Betrifft Herren

welche sich elegant kleiden und doch beim Eink. u. sparen wollen.  
Wir empfehlen aus unserer Abteilung fertige Herrengarderobe: Ge-  
legenheitskäufe in Winterpaletots, Ulster und Anzügen. Diese  
Stücke sind zum Teil aus feinsten Maßstoffen gefertigt (mit Stoppfutter,  
auch auf Seide gefüttert, für jeden Herrn passend am Lager, u. a. r.

Serie I Serie II Serie III Serie IV  
Winterpaletots 10.-14.-18.-22.- etc.  
Ulster engl. Farben 12.-16.-20.-24.- ..  
Jackett-Anzüge 11.-15.-18.-24.- ..  
Gehrock-Anzüge 18.-22.-27.-32.- ..

Beinkleider v. N. ö. - an Hochzeits- Anzüge, Uebergangs-Paletots,  
Frack-, Smokinganzüge etc. sehr preiswert.

Verteilung von Gesellschafts-Anzügen.

**Abonnements-Haus Jägerstr. 11** im Laden  
zwischen Friedrich- und Kanonenstraße

Verzand- und Abonnements-Abteilung, Sonntag 8-10, 12-2 Uhr geöffnet.











Dass dies geschehen ist, ist nicht bekannt; immerhin wäre es gut, wenn die Wähler, die am 8. November im Wahllokal des O. Gerzins, Viktoria garden, Wilhelmstr. 115, ihrer Wahlpflicht genügen konnten, ohne dass sie die amtliche Ausweisliste voranzugehen brauchten, sich nämlich oder schriftlich bei Alfred Niedeck, Berliner Straße 144, meldeten.

Der von der Stadtverordnetenversammlung gebilligte Beschluss des Bauausschusses, betreffend die Prüfung der Hausbesitzerqualitäten des Herrn Lazarus erscheint uns rechtlich sehr angreifbar. Es genügt, wenn das Grundbuch die Übertragung des Nießbrauchsrechts erkennen lässt; Grund und Dauer der Übertragung sind Angelegenheiten privater Natur, die eine öffentliche Körperschaft nicht kümmern sollten.

Es verdient ferner Beachtung, dass die gestern erdachte Ungültigkeitserklärung der Wahl des Herrn Dertler im 1. Bezirk Dahlensee sich auf eine neue Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts stützte. Der Wahlvorstand hatte, wie erinnerlich sein wird, ursprünglich zwischen Dertler und dem Demokraten Hloto Schwab anberaunt, dann aber die auf Herrn Hloto gefallenen Stimmen für ungültig erklärt und Herrn Dertler als gewählt proklamiert. Dies geschah, weil das Grundbuch, aus dem Herr Hloto seine Hausbesitzerqualitäten herzuholen hat, zur Hälfte seiner Frau gehört, das Oberverwaltungsgericht aber in einer am 15. März 1902 gefällten Entscheidung von einem Hausbesitzer im Sinne der Städteordnung den vollen Besitz des Hauses verlangt. Nun hat dies Gericht aber am 5. November 1910 ein Urteil gefällt, wonach auch jemand, der mit seiner Ehefrau gemeinsam ein Grundstück besitzt, als Hausbesitzer gewählt werden kann. Diese Entscheidung hat die Stadtverordnetenversammlung von Wilmersdorf als maßgebend betrachtet.

Weiter stimmte die Stadtverordnetenversammlung einer Magistratsvorlage zu, die der herrschenden Fleischnot ihre Entstehung verdankt. Es soll danach in dem der Stadt gehörenden Hause Berliner Straße 40 ein- bis zweimal in der Woche ein Seefischmarkt abgehalten werden. Die Preise sollen sich möglichst billig gestalten, da mit der Firma, die den Verkauf übertragen erhält, ein bestimmter mäßiger Aufschlag vereinbart wird. Ein Seefisch-Lokalurus, der für Mütter und deren Töchter in der Schulküche der Gemeindefürsorge in der Platzburger Straße abgehalten wird, soll das Verbotnis für die Seefischbereitung werden. Der erste Ausschuss, den Mitglieder des Vaterländischen Freundesvereins und des Seefischer-Vereins leiten, ist am 15. Dezember eröffnet worden. Es nahmen 30 Mütter und deren Töchter daran teil.

Ein neues Blatt im Rufwestrande auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik hat sich der Wilmersdorfer Magistrat erworben. Am 7. Dezember wurde plötzlich zwei bei der Berufsfeuerwehr tätigen Feuerwehrmännern ohne Angabe von Gründen gekündigt, mit dem Hinweis, dass ihre Beschäftigung mit dem 21. Dezember das Ende erreicht habe. Sonderbar beruht es, wenn man in diesem Falle langjährige, im Dienste der Stadt beschäftigte Arbeiter kurzerhand entlassen werden. Die Annahmehinrichtungen besagen freilich, dass der Magistrat jederzeit vor Erlangung der Pensionsberechtigung auf Vorschlag des Brandinspektors, ohne den Grund der Entlassung anzugeben, Personen, die im Dienste der Berufsfeuerwehr stehen, kündigen kann. Wenn es sich hier um gänzlich Knechtgestellte oder solche Personen handeln würde, die erst eine verhältnismäßig kurze Dienstzeit hinter sich haben, so ließe sich vielleicht der Vorgang noch entschuldigen. Dagegen ist aber bei den beiden Entlassenen eine Dienstzeit von 4 1/2 bzw. 3 1/2 Jahren nachgewiesen. Der Stadtrat Schmal, Delegierter der betreffenden Deputation, erklärte den Entlassenen gegenüber, dass die gegenwärtigen Zustände bei der Feuerweh die Entlassung bedingten. Die Offiziere würden sonst die Macht verlieren. Der Vertreter des Magistrats, Oberbürgermeister Habermann erklärte, ihm ginge die ganze Sache nichts an. Der Brandinspektor äußerte dann den Entlassenen gegenüber, dass die Kündigung lediglich deshalb erfolgt sei, weil die Betroffenen die dienstuntauglich gewesen wären. Worin die Dienstuntauglichkeit der Entlassenen besteht, wurde nicht angegeben. Die Entlassenen haben sich mit einer Eingabe an das Stadtverordnetenkollegium zwecks Umlösung der ganzen Angelegenheit gewandt, und es muß erst abgewartet werden, ob sich die Vertreter der Bürgererschaft ihrer Interessen annehmen. Daß der Magistrat einige Tage vor dem Weihnachtsfest, dem Feste der christlichen Liebe, Familienväter aus dem Dienst entläßt und dem Fleid preisgibt, hätte man allerdings nicht für möglich gehalten.

### Charlottenburg.

Eine Mädchenschule infolge Diphtheritis geschlossen. In der höheren Bürgermädchenschule in der Kirchhoffstr. 2 sind seit einiger Zeit auffallend viele Fälle von Diphtheritiserkrankungen vorgekommen, die sich jetzt bis auf 38 erhöht haben. Die Erkrankungsfälle haben sich auf sämtliche Klassen ausgedehnt; eine Schülerin ist gestorben. Die städtischen Behörden haben gestern, um weiteren Ausbreitungen vorzubeugen, angeordnet, daß die Schule vorläufig bis Weihnachten vollständig geschlossen wird.

### Schöneberg.

Infolge der Nichtbefähigung des Stadtverordnetenvorsethers Dr. Grafen v. Ratuskala als Mitglied der Schuldeputation hat die liberale Fraktion bei dem Magistrat beantragt, in einer Session an beide Häuser des Landtages die gesetzliche Normierung des staatlichen Beschäftigungsrechts zu fordern, mit der Maßgabe, daß die Beschäftigung nur aus gesetzlich bestimmten Gründen und unter Angabe der Gründe verfügt werden darf und daß die Verfügung der Beschäftigung im Verwaltungsrechtverfahren auf ihre Rechtmäßigkeit nachgeprüft werden kann. Mit diesem Antrag wird sich bereits die nächste Stadtverordnetenversammlung beschäftigen.

### Nixdorf.

Bei der gestern stattgefundenen Stadtverordnetenvorwahl im 19. Kommunalwahlbezirk wurde der sozialdemokratische Kandidat Gewerkschaftsbeamte Wronski gewählt. Er erhielt 590 Stimmen.

Auf fiescher Tat ergriffen wurde gestern vormittag auf dem Privatmarkt in der Kaiser-Friedrichstraße eine Marktstrolche. Eine Frau Kerling aus der Jagelstr. 15, die gestern morgen auf dem Markt vor einem Verkaufsstand sich befand, merkte plötzlich, daß ihr das Portemonnaie aus der Manteltasche gezogen wurde. Sogleich sah sie, daß ein Knabe einer Frau, offenbar seiner Mutter, das Portemonnaie hinterhält. Sie beschloß, die die betreffende Frau, daß sie das Portemonnaie durch den Knaben hat stehlen lassen, was die Frau jedoch in Abrede stellte. Es kam zu einer erregten Szene, wobei die Bestohlene der Diebin den Arm hochhob. Dabei fiel das Portemonnaie unter dem Arm hervor. Die Gaminette wurde festgenommen und als eine schon sechsmal vorbestrafte Marktstrolche Louise Schröder aus der Wurzstr. festgesetzt.

### Lichtenberg.

Das Gerücht von einem Morde durchliefte gestern vormittag den Ort. In dem Hause Niederbarnimer Str. 6 wohnt seit drei Jahren in der ersten Etage der 74jährige Invalide Friedrich Hiltkreutz, der von den Büßen seines kleinen Vermögens lebte und in der Nachbarschaft allgemein als wohlhabender Mann galt. Seit vier Tagen hatte sich der Invalide nicht mehr außerhalb seiner Wohnung sehen lassen, jedoch man glaubte, er sei zu seiner außerhalb Berlins wohnenden Tochter gefahren. Am vorgestrigen und am gestrigen Tage drang jedoch aus der Wohnung ein intensiver Leichengeruch heraus, so daß man die Kriminalpolizei benachrichtigte. Diese ließ die Wohnung durch einen Schloffer öffnen und fand den Invaliden in seinem Schlafzimmer auf dem Boden liegend als Leiche vor. Ein hinzugekommener Arzt stellte fest, daß der Tod des Mannes bereits am 10. d. Mts. erfolgt sein müsse. Da sich jedoch nicht ermitteln ließ, ob Hiltkreutz infolge eines Herzschlages oder einer anderen Wirkung verstorben ist, wurde die Leiche beschlagnahmt und zur Obduktion

nach der Leichenhalle in der Wagnitzstraße gebracht. In der Wohnung des Toten fand man 2000 M. in barem Gelde und zwei goldene Uhren vor.

### Ober-Schönheide.

Gemeindevertretung. Der vorliegende Entwurf eines Ortsstatuts gegen die Verunstaltung von Straßen und Plätzen, wodurch die Straßen im sogenannten Rathausviertel geschliffen werden sollen, fand Annahme. Nach dem Entwurf ist für die Anfertigung der Hausfronten sowie die Anbringung von Kellereischildern in dem Straßenbild die Hauptpolizeidirektion zustimmend erforderlich; in wichtigen Fällen ist auch der im Entwurf vorgesehene Sachverständigenbeirat zu hören. — Die Errichtung einer Fortschulklasse am Realgymnasium führte zu längerer Debatte. Unsere Genossen legten ihre prinzipiell ablehnende Stellung dar, worauf die sofortige Errichtung abgelehnt wurde. Die Ausführung der Tischlerarbeiten (Hensler) für das Realgymnasium wurde dem hiesigen Unternehmer Bied und die Herstellung der Bes- und Entwässerungsanlage der Firma Dopp u. Carstadt, Berlin, übertragen. — Von dem Schöffen Herwig wurde in einem Dringlichkeitsantrage die Angelegenheit der Einführung eines Gas-einheitspreises erneut zur Sprache gebracht. Nach längerer Debatte, in der die selbstherrlichen Praktiken der Gasgesellschaft gekennzeichnet wurden, fand der Antrag Annahme, die Rechte der Gemeinde unverzüglich geltend zu machen. — Zum Schluß wurde vom Genossen Czurnow die Form der den Gemeindevorstandern und Nachwählern zugefertigten Kündigung kritisiert; wenn auch entsprechend der Umwandlung der Nachwählerstellen in solche der Nachpolizei eine formelle Kündigung geboten sei, hätte es sich empfohlen, doch die Beamten nicht im Unklaren zu lassen, ob sie nun tatsächlich in eine der neuen Stellen übernommen werden, zumal feststehe, daß ein oder zwei Beamte durch die Maßnahme entlassen werden müßten.

### Teltow.

#### Seht feudal.

Durch den Tod des Bürgermeisters Liebig ist hier die Stelle des Bürgermeisters vakant geworden. Es haben sich nach der Ausschreibung des Postens nicht weniger als 185 Personen gemeldet. Unter diesen befindet sich auch ein Hauptmann a. D., dessen Bewerbungsschreiben das hiesige Ortsblatt im Wortlaut wiedergibt. Das Schreiben selbst gibt ungefähr einen Einblick, wie sich der Herr Hauptmann a. D., dessen Namen das Ortsblatt nur mit dem Anfangsbuchstaben mitteilt, so die Aufgaben eines Bürgermeisters vorstellt. Es hat folgenden Wortlaut:

An den Magistrat der Stadt Teltow bei Berlin.  
Bewerbung um die Stelle als Bürgermeister.  
Ich, Kurd von B., 46. Jhr. a. D. mit der Uniform des 1ten Garde-R. J. B. war 24 Jahre Soldat, 8 Jahre Kadett, noch ehe ich, unterverheiratet, kinderlos, schuldenfrei; evangelisch, vorurteilslos, reise viel, war an fünf Höfen und fenne alle Schichten der Menschen, nehme sie wie, nicht was sie sind, war 1 Sommer Kreisdirektor, war auch Bezirksoffizier (wegen zeitweiliger Erkrankung), fenne somit etwas die Gesetzgebung. (I) — Mein Vater, f. war General. Ein Bruder, Schwager sind General a. D., einer Major a. D., einer Jhr. u. G. — Auskunst über mich würden geben: ... (folgt eine lange Reihe, zum Teil hochfeudaler Namen.) Diese Menschen nannte ich zu eventueller Auswahl. Bitte streng vertraulich! — Hochachtungsvoll ergebenst Kurd von B., Jhr. a. D.

Wie das Blatt mitteilt, scheint der Bewerber wohl keine Aussicht zu haben, Teltower Bürgermeister zu werden. Das ist begreiflich, denn nach dem Schreiben dieses feudalen Herrn zu urteilen, hätte das Rathaus doch manchmal eine verblüffende Rehnlichkeit mit einer Kaserne erhalten können. So ein hoch feudales Stadtoberhaupt würde sicher nicht davor zurückschrecken, gelegentlich die Bürger nach der lieblichen Kasernehofmelodie: „Ach, ich, versuchte Keris — Maul halten!“ einzuzergieren. Dabei wollen wir noch gar nicht soweit gehen wie das Teltower Ortsblatt, das den Bewerber für eine Kaltwasserheilanstalt reif hält. Der Herr ist eigentlich nur der Typ eines eudalen Junkers und wir zweifeln nicht, daß sich für ihn einmal ein geeigneter Posten finden wird.

### Wernsdorf (Kreis Brestow).

Vor gutbesuchter Versammlung referierte im Gasthof Schwedler Genosse Ljuzow-Widorski über „Krone und Finanzreform“. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine anregende Diskussion, in der von den Genossen Fiedler, Wjoril und Peter auf die Notwendigkeit der politischen Organisation verwiesen wurde. Nach einem Schlußwort des Vortragenden Genossen Schuz-Neu-Zittau an die Anwesenden, immer mehr für die Ideen des Sozialismus zu wirken, ging die von bestem Geist besetzte Versammlung auseinander. Einige Anwesende meldeten sich zur Aufnahme in den Wahlverein.

### Buckow.

Heute Freitag, den 16. Dezember, findet eine Erziehung zur Gemeindevertretung statt. Der sozialdemokratische Kandidat ist Gastwirt Karl Klein, Chausseestraße 12. Die Wahlzeit ist von 6 1/2 bis 7 Uhr abends festgesetzt. Pflicht aller Genossen ist es, für rege Beteiligung an der Wahl Sorge zu tragen.

### Königs-Wasserhausen.

In der Gemeindevertretung am 14. d. M. wurde Herr Ingenieur Nierich gegen ein Gehalt von 3000 M. und 600 M. Wohnungszuschuß mit sechsmonatlicher Kündigung innerhalb der ersten 5 Jahre als Leiter des Tiefbauamtes, der Kanalisation, des Wasser- und Gaswerks angestellt. Die Kanalisationsgebühren für das vierte Vierteljahr des Rechnungsjahres 1910 wurden auf 3202,50 M. festgesetzt. Beschlossen wurde gegen eine Stimme, das Grundstück Schloßplatz neben dem Pfarrhause, im Werte von 32000 M., unentgeltlich dem Fiskus zum Bau eines Gerichtsgebäudes abzugeben. Mit dem Bau soll spätestens 1912 begonnen werden. Die Einwohnerzahl des Ortes beträgt 4390, darunter sind 2223 männliche und 2168 weibliche.

### Mariendorf.

Märchenbroschüren. Am Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 3-5 Uhr, finden die Märchenbroschüren statt und zwar für Kinder von 6-10 Jahren, bei Lucas, Königstraße 11, und für Kinder über 10 Jahren bei Löwenhagen, Chausseestraße.

### Schönwalde (Bezirk Pankow).

Kaisereden, Jungerpolitik und die Meinung der Frauen lautete das Thema einer am Sonntag hier abgehaltenen Versammlung, in welcher die Genossin Zuchacz referierte. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde vom Genossen Reumann nach auf den Wert der Presse hingewiesen. Gewünscht wurde, daß die Expedition des „Vorwärts“ den Genossen den Bezug desselben erleichtern möge. Am Schluß der Versammlung ermahnte der Vorsitzende noch zu reger Agitation und zum Eintritt in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Zur Aufnahme hatten sich 7 Genossinnen gemeldet.

### Hohen-Neuendorf.

Das Grabdenkmal Hermanns beschädigt!  
Am Mittwoch bemerkte die Witwe Hermann, daß das Grab ihres Mannes, des durch den Gendarmen Jude erschossenen Genossen Hermann, beschädigt ist: der Stein mit der Inschrift nebst Umfassung ist, ohne sie vorher in Kenntnis zu setzen, entfernt! Der Gemeindevorsteher teilte der Witwe mit, er wisse nichts von der Sache, sie möge sich an den Amtsvorsteher in Girkowwerder wenden. Dieser entgegnete der Witwe auf ihr Befragen, er habe das Denkmal

entfernen lassen, es liege in der Leichenhalle; wenn die Inschrift geändert würde, würde es wieder aufgestellt. Die Witwe protestierte gegen dies Vorgehen.

Das Vorgehen des Amtsvorstehers ist ein großer Eingriff in die Rechte der Witwe. Es verletzt das Recht auf Achtung der Sittlichkeit, das auch einer Arbeiterfrau zusteht. Ferner liegt in dem Vorgehen ein schwerer Eingriff in das Eigentumsrecht. Ob der Amtsvorsteher strafrechtlich verantwortlich ist, interessiert uns weniger, da er jedenfalls den guten Glauben für sich in Anspruch nehmen wird, nicht rechtswidrig gehandelt zu haben. Unrechtfertig bleibt aber das Verfahren. Besonders rücksichtslos ist das Verfahren deshalb, weil der Amtsvorsteher die Witwe von seinem Vorhaben nicht einmal in Kenntnis gesetzt hatte. Wegen des eigenmächtigen Vorgehens des Amtsvorstehers werden die erforderlichen Schritte getan werden. Auffällig ist, daß der Amtsvorsteher so wie geschehen vorgegangen ist, wiewohl die ihm unangenehme Inschrift nichts weiter befragt als die Inschrift, die die Mitglieder des höchsten Gerichtshofes einem im Sitzungssaale erschienenen Mitglied ihres Kollegiums setzten. Glaubt der Amtsvorsteher, eine Arbeiterwitwe sei nicht berechtigt, den Grund des Dahinscheidens ihres so jäh durch eine Gendarmenhand getöteten Ehemannes anzugehen? Glaubt er, die Wahrheit zu verhehlen, sei Pietätspflicht? Und welche Gründe glaubt der Amtsvorsteher dafür zu haben, ohne vorhergehende schriftliche Anbrohung so wie geschehen entgegen dem Gesetz vorzugehen? Existieren die Befehle nicht auch zum Schutz von Arbeitern?

### Spandau.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Freitag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, bei Böhle, Dabelstraße: Uebungsabend. Am Sonntag: Vortrag des Herrn Professor Dr. Ankerling im Anatomischen Museum. Abfahrt 10,20 Uhr vom Hauptbahnhof Spandau.

Lichterade. Sonnabend, den 17. Dezember, abends pünktlich 1/9 Uhr: Wahlvereinsversammlung im Lokale von H. Deter, Bahnhofstraße.

## Aus aller Welt.

### Revolte im Armenhause.

In einem Armenhause bei Sutton in der englischen Grafschaft Surrey kam es am Mittwochabend zu schweren Ausschreitungen. Die Insassen, etwa 350 an der Zahl, weigerten sich, den ihnen vorgelegten Haferschlüssel zu essen, und bewarfen die Beamten mit Messern, Gabeln und Geschir. Vierzig Polizeibeamte, die zur Hilfe herbeieilten, wurden gleichfalls mit einem Hagel von Eßgerätschaften empfangen. Die Beamten schlugen darauf mit ihren Knütteln auf die Armenhäuser ein. Von den Zumulthanten wurden 86 verhaftet. Das muß ja eine ganz ungeheuerliche Deliktatse gewesen sein, wegen der die doch wirklich nicht verdöhten Armen aufrührerisch wurden.

### Für die Reichsverbandsliste.

Ueber große Unterschlagungen in einem christlichen Konsumverein berichtet die „Köln. Volksztg.“. Danach wurde im Gewerkschaftsverein in Eiserfeld im Siegerlande bei einer außerordentlichen Wählerrevision ein Fehlbetrag von 10000 Mark festgestellt, den der bisherige Verwalter Will unterschlagen hat. Er war vor wenigen Wochen nach Norddamm bezogen, wo es zwischen verhaftet wurde.

### Eine Kur nach Doktor Eisenbart.

Aus Rom meldet unser dortiger Korrespondent: Einen schrecklichen Tod hat der Landmann Lanciani in einem Ortchen bei Livoli gefunden. Der Arzt des Ortes hatte ihm gegen Rheumatismus eine Schwitzkur in einer römischen Heilanstalt verordnet, aber dem Manne schienen die Kosten zu groß. Deshalb beschloß er, im Einverständnis mit seiner Frau, sich in den Badofen eines Verwandten zu legen. Ohne daß der Besitzer des Badofens etwas davon wußte, wurde er 1 1/2 Stunden im furchtbarsten Hitze dort eingesperrt. Als man ihn herausnahm, gab er kein Lebenszeichen mehr von sich, und mehrere Stunden später starb der Mann, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Der Unglückliche hinterläßt 6 Kinder.

### Kleine Notizen.

Die Besatzung des bei einem Sturm am der spanischen Küste untergegangenen Hamburger Dampfers „Valermo“ ist nach neueren Meldungen nicht gerettet worden. Der Dampfer hatte 24 Personen an Bord, die mit dem Schiffe untergegangen sind.

Einsturz eines Neubaus. In der Stationsgasse in Budapest ist gestern ein Neubau eingestürzt. Von sieben Arbeitern, die unter den Trümmern begraben wurden, sind fünf getötet und zwei schwer verletzt worden. — In Demberg wurde durch den Einsturz eines Neubaus ein altes Wohnhaus mitgerissen. Eine Frau wurde unter den Trümmern begraben und getötet, die übrigen Hausbewohner konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Bei der Explosion auf der Mine der Wond Coal Company bei Taroma im Staate Virginia, über die wir gestern berichteten, sind nach neueren Feststellungen 26 Bergleute getötet worden.

### Witterungsbericht vom 15. Dezember 1910, morgens 8 Uhr.

Ort	Barometer auf Meer niveau	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temperat. in 1 m Höhe	Stationen	Barometer auf Meer niveau	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temperat. in 1 m Höhe
Leipzig	767.5	SW	3	3	Leipzig	767.5	SW	3	3
Dresden	768.0	SW	3	3	Dresden	768.0	SW	3	3
Berlin	768.5	SW	3	3	Berlin	768.5	SW	3	3
Frankfurt	769.0	SW	3	3	Frankfurt	769.0	SW	3	3
Hamburg	769.5	SW	3	3	Hamburg	769.5	SW	3	3
Wien	770.0	SW	3	3	Wien	770.0	SW	3	3

Wetterprognose für Freitag, den 16. Dezember 1910.  
Ein wenig wärmer, teilweise heiter, aber nachts mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

### Briefkasten der Redaktion.

Am Sonnabend fällt die juristische Sprechstunde aus.  
Die juristische Sprechstunde findet am Samstag, den 17. d. Mts., von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Hinweis ist ein Nachtrag und eine Zahl als Vermerk beizufügen. Briefliche Hinweise werden nicht erstellt. Eilige Anfragen trägt man in der Sprechstunde vor.  
W. A. 1. Die Sache ist verfehlt. Ein solches Schreiben könnte als Klage aufgeführt werden. 2. G. — W. S. 37. 1. Rein. 2. Das wäre freilich. 3. G. — G. 61. Wohnung erfolgt am zweimaligsten sofort beim Magistrat. Die Behörde gibt nicht als Kennzeichnung. — W. S. 777. Rein. — G. S. 58. 1. Ohne Zustimmung des Vaters nicht. 2. Rein. — A. W. (oder H. W. T.) 1. Wenn der Richter nach Monaten demessen ist, spätestens bis zum 15. zum 1. folgenden Monats. 2. Rein. — A. W., H. G. B. Die Fragen lassen sich im Rahmen des Briefkastens nicht behandeln. Wenn Sie die Tagespreise festlegen, wer ein Sie über die Begriffe Anfertigung erhalten. — W. S. 88. Fragen Sie bei der Zentralkommission der Ortskrankenkassen, Angelfischer Nr. 15 an